

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 172 · 15. JAHRGANG · AUSGABE 5/2009 · VOM 28. APRIL 2009 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Leben im »Randgebiet von Eberswalde«**
Workshop 10 Jahre »Soziale Stadt«

7 | **Statt der Ehrenkompanie Soldaten ...**
Peter Sodann bei Dagmar Enkelmann

12 | **1999: Weg in den Krieg – Deutschland ist dabei**
Das Bündnis für den Frieden erinnert

Was sagte Ahmadinedschad?

Krieg und Lügen sind Geschwister. In dem Beitrag über den Jugoslawienkrieg vor zehn Jahren (Seite 12) wird der Krieg der Medien ausführlich geschildert. Heute heißt die »Ausgeburt des Bösen«, der »moderne Hitler«, Mahmud Ahmadinedschad, Präsident der Islamischen Republik Iran.

Auch die »Märkische Oderzeitung« beteiligt sich an dieser Hetze. Ihr Bericht über die Rede des iranischen Präsidenten auf der UN-Konferenz gegen Rassismus am 20. April überschreibt das Blatt mit »Ahmadinedschads Ausfälle«. In der Beschriftung des zugehörigen Pressefotos heißt es gar: »Nazi-Vokabular: Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad sagte, man müsse Israel 'ausmerzen'«. Eine Unterstellung, die schon im Nachrichtentext der MOZ selbst als Lüge entlarvt wird. Denn dort wird Ahmadinedschad zitiert: die Weltgemeinschaft müsse »diesen barbarischen Rassismus ausmerzen«. Also nicht Israel, sondern der barbarische Rassismus, den Israel gegenüber den Palästinensern praktiziert, soll »ausgemerzt« werden.

Spätestens seit dem barbarischen Krieg gegen die Palästinenser im Gazastreifen zum Jahreswechsel 2008/2009 sollte jedem klar geworden sein, daß es sich bei dem Rassismusvorwurf gegen die israelische Regierung keinesfalls um eine an den Haaren herbeigezogene »Behauptung« handelt.

Tatsächlich sagte Ahmadinedschad:

1. Die militärischen Invasionen in Palästina nach dem 2. Weltkrieg, die der Abstützung der politischen Einheit [Israel] vorausgingen, seien durch »jüdisches Leiden« erklärt worden.

2. »Sie griffen zu militärischer Aggression, um unter dem Vorwand des Judentums eine ganze Nation heimatlos zu machen... Sie schickten Migranten aus Europa, den USA und andern Teilen der Welt, um eine völlig rassistische Staatsgewalt im besetzten Palästina zu etablieren.«

3. »Und als Ausgleich für die schrecklichen Folgen des Rassismus in Europa verhalfen sie dem grausamsten und repressivsten rassistischen Regime in Palästina zur Macht.«

(Quellen: presstv.ir , 20. April 2009, 15:55:39 GMT und presstv.ir , 20. April 2009, 15:06:48 GMT, www.steinbergrecherche.com/iran.htm#Durban)

G.M.

Der 1. Mai 2009 in Eberswalde

Arbeit für alle bei fairem Lohn!



Zu einem großen Familienfest laden der DGB Ostbrandenburg, seine Mitgliedsgewerkschaften sowie zahlreiche Vereine und Verbände, die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises sowie alle Gäste zum 1. Mai auf dem Marktplatz in Eberswalde ein. Das bunte Familienfest steht unter dem Motto »Arbeit für alle bei fairem Lohn!«. Das Fest beginnt um 10.00 Uhr traditionell mit dem Demonstrationzug vom DGB Grabowstr. 49 zum Markt. Der Umzug wird von den Eberswalder Spielern 1963 e.V. begleitet. Dort ist die Eröffnung und Begrüßung durch den DGB für 10.30 Uhr geplant. Es spricht Uwe Ledwig (NGG).

ANDREAS SULT, DGB Uckermark-Barnim

Buchtip:

Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern

Andreas Exner, Christian Lauk & Konstantin Kulterer

Die Lebensmittel- und Erdölpreise steigen drastisch, das Klima spielt verrückt. All diese unterschiedlichen Phänomene zeigen uns eines: Die Natur stößt an ihre Grenzen. Trotzdem halten die Entscheidungsträger aus Wirtschaft und Politik an ihrem Glauben fest, daß ohne Wachstum die Krise droht. Die Krise aber ist das Wachstum selbst.

Andreas Exner (Ökologe, Publizist), Christian Lauk (Biologe) und Konstantin Kulterer (Ökonom, Umwelttechniker) brechen mit der Ideologie wirtschaftlicher Allmacht und zeigen, wie wir »Die Grenzen des Kapitalismus« hinter uns lassen können.

Verlag Ueberreuter

220 Seiten, EUR: 19,95 CHF: 34,80

Weitere Infos unter: <http://socialinnovation.wordpress.com/>

»Sie entsprechen nicht den Erfordernissen«

Die alten Gewerkschaften bezeichnen sich auch als proletarische Klassenkampforganisationen. Zweifellos sind sie es auch, aber sie entsprechen nicht den Erfordernissen des revolutionären Klassenkampfes, der sich jetzt in allen kapitalistischen Staaten mehr oder weniger stark auszuwirken beginnt. Diese neuen revolutionären Kampforganisationen bilden sich in den westeuropäischen Ländern nicht nur gegen den Willen der bürgerlichen Gesellschaft, sondern auch gegen den Willen der Führer der bestehenden Kampforganisationen des Proletariats

RICHARD MÜLLER, 1918: Das Rätesystem in Deutschland

Köhler und die Krise

Horst Köhler hat, wie Mitzähler registriert haben, kürzlich seine vierte Rede gehalten, genauer: seine vierte Rede in Berlin, seine vierte große Rede in Berlin. Was er sagte, war für seine Verhältnisse beachtlich, und, sehr anders als sonst, er gab an einigen Stellen ehrlichem Zorn Ausdruck, zeigte also Emotionen.

Das war dort, wo er das Gierige und Geirige der Finanzbosse ins Visier nahm und den Krisenmachern und -gewinnlern vorwarf, sie hätten »unanständig« und bar jeder Moral oder gar jeder Gewissensregung gehandelt. Deshalb müsse man darauf bestehen, daß eine Ent... Das hörend, war ich drauf und dran, olle Horsti reinen Herzens zuzujubeln, vermutete ich doch, das Satzgebilde möchte sich so fortsetzen (... daß eine) Enteignung unabdingbar wird. Oder so ähnlich. Leider reichte die müde Rage Köhlers nur dafür, eine Entschuldigung zu verlangen. Alles so, als ob ein gestrenger Papa sein Kind rüge, weil es mal »Scheiße« gesagt hat – dies sei unanständig und verlange nach verbaler Reue, also nach Entschuldigung. Danach ist wieder alles im Lot, Vater hat seine Genugtuung, das kecke Kind hat seine Ruhe; aller Zorn ist verfliegen.

Das, zusammen mit dem Vorwurf der Gewissenlosigkeit, ist genau die Art und Weise, mit der man mit Kapitalverbrechern (im wahren Wortsinn) umgehen muß, um sie zu zähmen: Leute ohne Gewissen und Moral ermahnen, indem man an deren Moral und Gewissen appelliert. Einen Blinden auffordern, sich durch Augenschein zu vergewissern, einen Tauben auf Zwischentöne aufmerksam machen. »Unanständig« das zu nennen, nur unanständig, was vor allem und zuerst die kleinen Leute treffen wird und die Welt erschüttert, also eine soziale Katastrophe – ein Schurkenstück sondergleichen auf eine Benehmsvokabel zu reduzieren, kann nur bei bestem Willen noch als naiv bezeichnet werden. Mehr zu sagen verbietet die gesetzlich geschützte Würde des Präsidenten.

Eins bleibt, der ehemalige Chef des Weltwährungsfonds hat sich kühnlich gezeigt und in seiner vierten Rede auch einen merkens- und bemerkenswerten Satz gesagt: »Schrankenlose Freiheit birgt Zerstörung«. Okay, da hat er sich ein bißchen sehr bei einem ehemaligen Minister aus dem Osten bedient, einem in Weimar, der auch den »Faust« geschrieben hat, aber immerhin.

Als die Kanzlerin unlängst bei Anne Will befragt werden wollte und die zäh nachhakende Moderatorin was in der Sache Zumwinkel und zu den bewußten 20 Millionen Mindestrente hören wollte, distanzierte sich Frau Merkel erst einmal artig von dem bösen Postbuben und verkündete dem Wahlvolk gleich darauf, sie werde sich weiterhin (!) dafür einsetzen, daß Deutschland ein Land der Gerechtigkeit bleibe. Also so, wie es Zumwinkel liebte und nutzte.

2 Wenn das kein Wahlversprechen ist!

Dr. STEFFEN PELTSCH

Bedenken gegenüber polnischem Atomprojekt

Bernau (bm). Bisher führt die Bundesregierung keine Treffen mit Polen zu Fragen der Atomenergieentwicklung und der nuklearen Sicherheit durch. Auch lägen ihr keine detaillierten Informationen über polnische AKW-Projekte vor – das ist der Kern einer jetzt vorliegenden Antwort des Bundesumweltministeriums auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) zum möglichen Neubau eines Atomkraftwerks am Standort Gryfino nördlich von Schwedt. »Zweifelloso zählt zu den souveränen Rechten eines jeden Staates, sich für oder gegen die Nutzung der Atomkraft zu entscheiden – einer Bundesregierung jedoch, die

offiziell am Atomausstieg festhält, kann es nicht gleichgültig sein, wenn unmittelbar an der Oder ein neues, großes Atomkraftwerk errichtet werden soll«, erklärt Dagmar Enkelmann. »Es gehört zur Vorsorge gegenüber der Region und den dort wohnenden Bürgerinnen und Bürgern, deren Bedenken bezüglich eines AKW aufzugreifen und gegenüber der polnischen Seite zur Sprache zu bringen. Der Verweis des Umweltministeriums auf die bei Kernkraftwerken obligatorische Umweltverträglichkeitsprüfung reicht nicht aus. Ich erwarte von der Bundesregierung, hier aktiv zu werden und für Klarheit zu sorgen, wie ernst es der polnischen Regierung mit dem AKW an der Oder ist.«

Zwei Urteile, ein Superskandal

Beim Vergleich des Falles Hülsmann, Vizepräsident des Landesrechnungshofes Brandenburg, mit dem der Kaisers-Verkäuferin Barbara E. springt dem Bürger die in unserem Staat waltende Ungerechtigkeit förmlich ins Auge.

Eine Kassiererin ohne leitende Funktion wird gemäß Arbeitsrecht bei bloßem Verdacht wegen 1,30 Euro fristlos entlassen. Ein Spitzenbeamter, noch dazu befaßt, Verschwendungen aufzuspüren, wird bei erwiesenem mehrfachen Betrug nach lange sich hinschleppendem Verfahren samt fortlaufenden Gehaltszahlungen

erst freigesprochen, dann zu einer solchen niedrigen Geldstrafe verurteilt, die es ihm erlaubt, als nicht vorbestraft zu gelten. Dabei geht es hier nicht nur um 1,30 Euro, sondern um mehrere Tausend Euro. Von Entlassung ist keine Rede.

Der Ruf nach Gerechtigkeit ist ein starkes Motiv der Bürgerbewegungen im Wahljahr 2009.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG,
Kreistagsabgeordneter und
Landesvorsitzender der Allianz freier Wähler

Wie viele Gesetze gibt es?

Dies war so ziemlich die einzige Frage, die die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) uns, Anastasia und Sultan, zwei Schülerinnen am Paulus-Pratorius-Gymnasiums Bernau, nicht erschöpfend beantworten konnte. Wir nahmen das Angebot an, im Rahmen des Girls-Days am 23. April 2009, Einblick in die Arbeit der parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE zu nehmen.

Bereits der erste Tagesschwerpunkt, die Teilnahme an einer Bundestagsdebatte war spannend. Immerhin ging es um den Berufsbildungsbericht 2009 der Bundesregierung und einem Antrag der LINKEN, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, gesetzliche und finanzielle Grundlagen für den Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors als dauerhafte gesellschaftliche Einrichtung zu schaffen. Gemeinsam mit anderen Schülerinnen erfuhren wir dann einiges über das Deutsche Wahlsystem, das Parteiensystem in einer Demokratie und die Verfahrensweise mit Über-

hangmandaten. Bei der sich anschließenden Führung durch das hohe Haus stellten wir fest, daß Politiker, wenn sie nicht gerade in der Öffentlichkeit stehen, ganz normale Menschen sind, unabhängig davon, welcher Partei sie angehören. Höchst interessant fanden wir auch den Andachtsraum, in dem Politiker unabhängig von ihrer Religion gleich sind. Beim Mittagessen in der Kantine, das Essen hat prima geschmeckt, erfuhren wir, daß der Arbeitstag einer Bundestagsabgeordneten sich nun wirklich nicht nur auf acht Stunden begrenzen läßt und demzufolge die knappe Freizeit fast ebenso organisiert werden muß.

Für uns war ein ereignisreicher Tag, den wir so schnell nicht vergessen werden. Vielleicht sehen wir uns ja einmal wieder – als Kolleginnen? Wer kann das heute schon sagen. Zur Erinnerung bekamen wir ein USB-Stick-Armband mit Fotos und Unterlagen, die wir auch im Unterricht verwenden können geschenkt. Vielen Dank. Zu den Bundestagswahlen wünschen wir Frau Dr. Enkelmann und ihrer Partei DIE LINKE viel Erfolg.

ANASTASIA SCHMIDT und
SULTAN TANRIVERDI



Sultan, Dr. Dagmar Enkelmann und Anastasia im Gespräch (v.l.n.r.).

Leben im »Randgebiet von Eberswalde«

Workshop am 6. Mai zu 10 Jahre »Programm Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel

Eberswalde (bbp). Die Aufnahme des Brandenburgischen Viertels in das Förderprogramm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt« liegt zehn Jahre zurück. »Seitdem ist viel passiert«, heißt es in einer Pressemitteilung der Stadt Eberswalde. »Das Brandenburgische Viertel hat sich zu einem lebendigen, lebenswerten Viertel entwickelt, in dem viele Bewohner gerne leben und sich engagieren. Zahlreiche Gebäude wurden saniert, das Wohnumfeld verbessert, Straßen und Plätze neu gestaltet, Spielplätze errichtet. Zur Verbesserung der Lebensqualität sind zahlreiche Einrichtungen – auch für Bürger aus anderen Stadtteilen – entstanden, wie z.B. das Bürgerzentrum, das Freizeitschiff, das Dietrich-Bonhoeffer-Haus, das Eltern-Kind-Zentrum, der Verkehrsgarten. Trotzdem gibt es nach wie vor Probleme – die Abwanderung, Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, teilweise ein schlechtes Image und nicht zuletzt der weiterhin fortzuführende Stadtbau (sprich: Abriss von Wohngebäuden) er-

fordern eine weitere Unterstützung des Brandenburgischen Viertels.« Bürgermeister Friedhelm Boginski faßte dies im Hauptausschuß am 23. April zusammen, indem er das Brandenburgische Viertel als »Randgebiet« von Eberswalde bezeichnete.

Es sei an der Zeit, heißt es weiter in der Pressemitteilung, eine Zwischenbilanz zu ziehen und die eingeschlagene Richtung zu überprüfen. »In einer Diskussionsveranstaltung sollen die Bewohner, die Akteure vor Ort (z.B. Vereine, soziale Einrichtungen, Wohnungsunternehmen usw.) und gerne auch interessierte Eberswalder aus anderen Stadtteilen zu Wort kommen und ihre Erfahrungen, Anregungen und Wünsche in den weiteren Stadtentwicklungsprozeß einbringen.«

Dieser Workshop findet am 6. Mai, um 17 Uhr, im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels (Schorfheidestr. 13) statt. Nach einer kurzen Einführung soll in zwei Arbeitsgruppen diskutiert werden:

1. *Zwischenbilanz nach 10 Jahren »Soziale Stadt« – Was haben wir erreicht? Wie hat sich die soziale Lage der Bewohner verändert? Welche Defizite gibt es aus Ihrer Sicht noch? Was muß sich im Viertel dringend ändern? Welche Ziele haben wir erreicht und welche müssen vielleicht überdacht werden?*

2. *Blick nach vorn: Wie soll es weitergehen im Brandenburgischen Viertel? Welche Projekte halten Sie für notwendig? Welche Ideen für neue Projekte haben Sie? Wie kann es nach Auslaufen des Förderprogramms mit den Stadtteilaktivitäten und dem Sprecherrat weitergehen? Auch die persönliche Bilanz der Veränderungen im Viertel sowie Anregungen und Wünsche sollen diskutiert werden.*

Die Ergebnisse sollen in das Integrierte Stadtteilentwicklungskonzept (IPStEK) für das Brandenburgische Viertel einfließen, das von der Stadt Eberswalde derzeit fortgeschrieben wird.

Kooperationsverbund vereinbart

Eberswalde (bbp). Am 30. April unterzeichnen der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn, Martin Appel von der evangelischen Kirchengemeinde Finow, Jenny Wöpel vom Eltern-Kind-Zentrum Eberswalde im Brandenburgischen Viertel, der Sozialdiakon Hartwin Schulz vom Dietrich-Bonhoeffer-Haus, Irina Holzmann vom Kontakt Eberswalde e.V., die Schulleiterin der Schwärzeseeschule Anke Billing und der Direktor des Zoo Eberswalde Dr. Bernd Hensch eine »Vereinbarung zum familienunterstützenden Kooperationsverbund«. Die Kooperation zwischen sozialen Akteuren im Brandenburgischen Viertel und dem Tierpark Eberswalde kam insbesondere auf Initiative von Ortsvorstehers Carsten Zinn zustande (BBP 2/2009).

Als Ziele der Kooperation wurden die Förderung interkultureller Begegnungen innerhalb des Verbundes, die Weiterentwicklung von Angeboten der Natur- und Umweltbildung sowie der Familienbildung zur Entwicklung und Förderung von Sozialkompetenzen, die Unterstützung zur Aneignung und Festigung der deutschen Sprache der Migrantinnen und Migranten zur beruflichen und gesellschaftlichen Integration und die Erhöhung der Attraktivität des Brandenburgischen Viertels durch kulturelle Angebote seitens der Stadt Eberswalde vereinbart. Jeweils zum Jahresende sollen die Trägeraktionen für das kommende Kalenderjahr koordiniert werden. Eine transparente Öffentlichkeitsarbeit soll durch Einbeziehung der AG »Medien« beim Kontaktbüro und Quartiersmanagement »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel erreicht werden.

Konkret sollen ortsteilspezifische kulturelle Angebote, wie z.B. das »Rote Sofa« oder »Guten Abend Brandenburgisches Viertel« organisiert werden und am Kindertagsfest am 4. Juni auf dem Potsdamer Platz, am Familienerlebnistag/Ortsteilfest am 12. September sowie am traditionellen Weihnachtsmarkt im Dezember mitgewirkt werden. Zielgruppenorientierte Praktika im Tierpark, Übernahme und Pflege von Tierpatenschaften, saisonale Arbeitseinsätze im Tierpark sowie die gegenseitige Unterstützung bei der Gestaltung und Durchführung von kulturellen Höhepunkten im Ortsteil und im Tierpark gehören ebenso zu den Aktivitäten des Kooperationsverbundes wie die Verlinkung der bereits vorhandenen Internetpräsentationen der Kooperationspartner.

Der Ortsvorsteher lädt die Kooperationspartner mindestens halbjährlich ein, um die aktuelle und organisatorische Weiterentwicklung des Kooperationsverbundes abzustimmen und notwendige Veränderungen und Ergänzungen vorzunehmen. Die inhaltliche Koordination übernimmt der Sozialdiakon der Evangelischen Kirchengemeinde Finow im Brandenburgischen Viertel.

Brandenburgisches Viertel: Sprechstundenvertretung

Eberswalde (cz). Vom 4. bis voraussichtlich 25. Mai 2009 befindet sich der Ortsvorsteher des Brandenburgischen Viertels Carsten Zinn zur medizinischen Rehabilitation in Schleswig/Holstein. Ursprünglich war der Kur-Antritt bereits Ende März geplant. Die Terminverschiebung wurde notwendig, weil sich die Ärzteschaft der betreffenden Reha-Klinik dem Streikaufruf des Marburger Bundes zur Erkämpfung von Tarifierhöhungen angeschlossen hatte.

Die wöchentlichen Sprechstunden am 13. und 20. Mai finden zur gewohnten Zeit von 18 bis 20 Uhr im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels statt. Sie werden im Auftrag von Carsten Zinn durch einen von ihm bevollmächtigten Vertreter personell abgesichert.

Die Sprechstunde am 6. Mai muß leider ausfallen, da an diesem Tage das lang geplante Diskussionsforum zur Bestandsaufnahme und Weiterführung des Programmes »Soziale Stadt« stattfindet. Das Diskussionsforum beginnt um 17 Uhr im Bürgerzentrum des Brandenburgischen Viertels. Carsten Zinn ruft alle Einwohnerinnen und Einwohner des Ortsteils auf, sich aktiv, kritisch und konstruktiv in den dringend notwendigen Diskussionsprozeß einzubringen.

Kontakt Eberswalde e.V.
 Havellandstraße 15
 16227 Eberswalde
 Tel./Fax:03334/383070
 eMail: kontakt-ebw@t-online.de

Unsere Bibliothek bietet ein reichhaltiges Bücherangebot für alle Leseinteressenten. Regelmäßige Freizeitangebote, gemütliches Beisammensein, Internet, Sprachkurse, Lernhilfe, Schach sowie Spaß und Spiel in netter Atmosphäre warten auf alle Interessenten. Öffnungszeiten: Mo-Do, 9-19 Uhr
Kontaktieren Sie uns!!! Wir laden Sie ein!!!

Neuer Flächennutzungsplan

Eberswalde (bbp). In Eberswalde beginnt am 5. Mai, 18.15 Uhr, im Tourismuszentrum im Familiengarten (Großer Saal, Am Alten Walzwerk) auf einer Sondersitzung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt die Diskussion über die Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Eberswalde. Der bisher gültige Flächennutzungsplan stammt aus der Mitte der 90er Jahre. Die zwischenzeitlich beschlossenen Änderungen betrafen immer nur kleine Teilflächen. Am 5. Mai stehen ausführliche Informationen der Stadtverwaltung mit daran anschließender Diskussion durch die Ausschußmitglieder auf der Tagesordnung. Die Eberswalderinnen und Eberswalder haben die Möglichkeit, sich im Rahmen der Einwohnerfragestunde an der Diskussion zu beteiligen.

Brachflächengestaltung

Eberswalde (bbp). Am 27. April begann mit einem Treffen im Bürgerzentrum in der Schorfheidestraße 13 die »Workshopreihe Kyritzer Straße«, in der über die Gestaltung der durch den Abriß der Albert-Einstein-Oberschule entstandenen Brachfläche im Brandenburgischen Viertel beraten werden soll. Zunächst ging es um die Prüfung des Bedarfs und der Plausibilität einer Überbauung der ehemaligen Schulfläche an der Kyritzerstraße. Zugleich sollten Projektideen hinsichtlich der zukünftigen Nutzung der Freifläche erörtert und zusammengetragen werden. Parallel zu dieser



Veranstaltung fand ein identischer Workshop mit Kindern und Jugendlichen statt. Die Kinder hatten bereits im Rahmen einer schulischen Projektarbeit Ideen gesammelt und Modelle gebaut. Die gesamte Workshopreihe wird von dem Planungsbüro Stadt-Kinder moderiert und dokumentiert. Wie die Quartiersmanagerin Cornelia Sprengel mitteilte, werden die Ergebnisse der Workshops werden an einem Folgetermin auf einer gemeinsamen Veranstaltung vorgestellt, um Gemeinsamkeiten zu identifizieren und Schwerpunkte zu setzen. Das Planungsbüro Stadt-Kinder formuliert bei diesem Workshop, der am 14. oder 15. Mai stattfinden soll, den Konsens der Generationen und zeigt eventuelle Entwicklungsziele auf.

Bürgerbildungszentrum in der Puschkinstraße:

Ein klares Konzept ist nötig

Die Nutzung des denkmalgeschützten Schulgebäudes in der Eberswalder Puschkinstraße als Bürgerbildungszentrum eröffnet neben den Möglichkeiten für die Bürger auch die Chance, eine spürbare Belebung des Stadtzentrums zwischen Markt und Karl-Marx-Platz zu erreichen. Darum wünschen sich die bündnisgrünen Stadtverordneten eine hohe Qualität der inhaltlichen und baulichen Planung. Dazu wäre ein Realisierungswettbewerb sicher am sinnvollsten. Denn bevor die Planungen weiter geführt werden, muß ein klares Konzept für das Haus vorliegen, sowohl inhaltlich als auch finanziell.

Die bisher genannten möglichen Nutzer stammen vor allem aus den Bereichen Soziales und Weiterbildung. Wir sind für einen breiteren Prüfungsansatz. Denkbar wäre doch, daß

dort auch Kulturschaffende Räume nutzen und für eine Belebung des Hauses in den Abendstunden sorgen, daß ein Jugendcafé integriert oder Verbraucherberatung und Umweltbildung angeboten werden. Prüfen möchten wir unbedingt, ob perspektivisch die Stadtbibliothek in diesem Objekt untergebracht werden kann.

Der Abriß der Aula scheint derzeit die Vorgzugsvariante zu sein. Die Fraktion Grüne/B90 fordert jedoch, zuerst eine sorgfältige Kosten-Nutzen-Analyse für eine Sanierung der Aula zu erstellen. Ein solcher Raum könnte vielfältigen Nutzungen dienen und das Gesamtkonzept des Hauses abrunden. Die späteren Bewirtschaftungskosten müssen natürlich finanzierbar sein.

KAREN OEHLER,
Fraktionsvorsitzende Grüne/Bündnis 90

Konjunkturpaket und Kita-Neubau

Keine unüberlegten Schnellschüsse!

Am 23. März hatten die Eberswalder Stadtverordneten auf Vorschlag der LINKEN Schwerpunkte für die Verwendung der Mittel aus dem Konjunkturpaket II beschlossen. Schwerpunkte sind demnach Maßnahmen zur weiteren Sanierung der Grundschulen und der städtischen Kindertagesstätten, investive Maßnahmen an städtischen Gebäuden, die eine dauerhafte Energieeinsparung zur Folge haben und die Modernisierung der städtischen Straßenbeleuchtung mit dem Ziel einer deutlichen Kostensenkung für Instandhaltung und Wartung sowie für den Bezug von Energie.

In der Diskussion war zu hören, eine solche Schwerpunktsetzung sei unnötig, weil die Richtlinien ohnehin so eine Mittelverwendung verlangen würden und die Verwaltung dies selbstverständlich auch so umsetzen werde. Der Beschlußvorschlag der LINKEN erhielt das Etikett »unschädlich«, aber immerhin die Mehrheit der Stadtverordnetenstimmen.

Keine zwei Wochen vergingen, da liegen seitens der Stadtverwaltung plötzlich ganz andere Vorschläge zur Verwendung der Konjunkturpaketgelder auf dem Tisch. Gerade war eine erste noch ziemlich vage Information erfolgt, wonach die Kitaplätze in der Stadt knapp würden, da gibt es auch schon die Lösung, die Konjunkturpaketmittel für den Bau einer neuen Kita zu verwenden. Kein Wort mehr davon, daß erst vor drei Jahren die Kita »Spatzennest« geschlossen wurde, obwohl es Alternativvorschläge gab, statt der vollständigen Schließung, den Kitabetrieb nur einzuschränken. Dann wäre der jetzigen Plätzemangel gar nicht erst zum Problem geworden.

Aber auch kein Wort davon, daß die Stadtverordneten eben erst ganz andere Schwerpunkte gesetzt hatten. Mit vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und

Stadtverordneten hat das wenig zu tun. Zudem hielt es die Verwaltung bislang nicht für nötig, das Problem aktuell fehlender Kitaplätze mit nachvollziehbaren statistischen Zahlen zu unterlegen. Dennoch soll die Entscheidung über die Verwendung der 2,6 Millionen Euro noch im April im Schnelldurchlauf über die Abstimmungsbühne gehen.

DIE LINKE ist nicht an Schnellschüssen, sondern an langfristigen und nachhaltigen Lösungen interessiert. Deshalb fordern wir die Beibehaltung der im März beschlossenen Schwerpunkte.

Zur kurzfristigen Lösung des Problems der fehlenden Kitaplätze ist der avisierte Neubau, der erst 2011 wirksam wird, ohnehin nicht geeignet. Hier müssen andere, kurzfristig realisierbare Wege gefunden werden. Damit dafür verlässliche Grundlagedaten auf den Tisch kommen, hat sich DIE LINKE zur Hauptausschußsitzung am 23. April mit einem entsprechenden Fragenkomplex an den Bürgermeister gewandt.

Zu diesem Grundlagenwissen gehört die Kenntnis über die Kapazitäten der Kindertagesstätten in der Stadt Eberswalde und ihre aktuelle Auslastung sowie eine aktuelle Prognose über die Entwicklung der Kinderzahlen in den betreffenden Altersklassen und der sich daraus ergebende künftige Bedarf an Kitaplätzen. Zugleich will die Fraktion wissen, welche Möglichkeiten es zur kurzfristigen Erhöhung der Kapazitäten innerhalb der bestehenden Kindertagesstätten in städtischer und freier Trägerschaft gibt und wie die Chancen sind, in den letzten Jahren geschlossene Einrichtungen für eine Nutzung oder Teilnutzung als Kita zu reaktivieren.

WOLFGANG SACHSE, Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE in der StVV Eberswalde

Eberswalder Sozialpaß novellieren

»Eberswalde-Paß« statt Sozialpaß

Eberswalde (bbp). Die Fraktion der Linken in der StVV Eberswalde hat der Stadtverordnetenversammlung vorgeschlagen, den Sozialpaß der Stadt Eberswalde, mit dem sozial Benachteiligte in den Genuß ermäßigter Eintrittspreise für Kultur- und Sportveranstaltungen in städtischen Einrichtungen kommen, zu überarbeiten. Anliegen ist es insbesondere, den Kreis der Anspruchsberechtigten an die aktuellen Entwicklungen anzupassen. Dies betrifft Bürgerinnen und Bürger, die Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld (SGB II), Grundsicherung im Alter oder Sozialhilfe (SGB XII) beziehen bzw. deren Bedarfsgemeinschaften sowie Anspruchsberechtigte, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten.

Den Sozialpaß in seiner jetzigen Form hatte die StVV am 20. November 1997 beschlossen. Der Kreis der Anspruchsberechtigten orientierte sich an den damaligen Regelungen der Sozialgesetzgebung des Bundes. Inzwischen entwickelte sich die Sozialgesetzgebung weiter. Der Kreis der betroffenen Personen hat sich geändert und erweitert. Mit dem Vorschlag der Linken werden die Regelungen für den Sozialpaß der Stadt Eberswalde an die Regelungen des Bundes angeglichen. Damit wird eine der-

zeit bestehende Ungleichbehandlung verschiedener benachteiligter Gruppen beseitigt.

Bei dieser Gelegenheit schlagen die Linken vor, den Sozialpaß der Stadt Eberswalde ähnlich dem aktuellen »berlinpaß« künftig als »Eberswaldepaß« zu bezeichnen. Dadurch könne eine Stigmatisierung des anspruchsberechtigten Betroffenenkreises als sozial Schwache vermieden werden.

Schließlich wünscht sich die Linke auch eine Erweiterung der Anwendungsmöglichkeiten des künftigen »Eberswaldepasses«. Derzeit gilt der Sozialpaß für städtische Einrichtungen und Veranstaltungen. Das kulturelle und sportliche Leben in Eberswalde ist jedoch wesentlich breiter gefächert. Die jeweiligen Anbieter sollten daher von der Stadt gebeten werden, ihrerseits Möglichkeiten zu erschließen, Inhabern des Eberswaldepasses eine Teilnahme am kulturellen und sportlichen Leben zu ermäßigten Preisen zu ermöglichen.

Nach den Vorstellungen der Linken sollte der Beschlußvorschlag zunächst am 21. April im Ausschuß für Kultur, Soziales und Integration beraten werden. Im Mai folgen dann Beratungen in weiteren Fachausschüssen, bevor am 28. Mai die StVV darüber befindet.

F.D.P. Barnim:

»Höchste Zeit für einen Strom der Erneuerung«

Die Barnimer Liberalen haben Ende März einen neuen Vorstand für die kommenden zwei Jahre gewählt. Auf dem FDP-Kreisparteitag in Chorin konnte der alte und neue Kreisvorsitzende Gregor Beyer rund 50 Mitglieder und Gäste begrüßen.

Eberswalde (fdp). In seiner Begrüßungsansprache bezog sich Beyer auf den geologisch hoch interessanten Standort am Amtsee, wo sich zum Ende der letzten Eiszeit die Wassermassen gestaut hätten, um sich schließlich, alles mitreißend, ihren Weg Richtung Eberswalder Urstromtal zu bahnen. »So ähnlich ist es auch in der Landespolitik, in der sich der Frust über die Ideenlosigkeit überall staut und es höchste Zeit wird, daß die Dämme brechen und ein Strom der Erneuerung über das Land geht«, so Beyer.

Der Parteitag begann mit einer Rede des Generalsekretärs und Spitzenkandidaten der Freien Demokratischen Partei Brandenburg, Hans Peter Götz, der die Barnimer auf den bevorstehenden Wahlkampf einstimmte. Er spannte dabei einen breiten Bogen über die vorherrschenden Themenfelder und gratulierte den Barnimern dazu, daß sie mit Gregor Beyer im Brandenburger Wahlkampfteam der FDP den Fachmann für die Landnutzungs- und Umweltpolitik stellen. »Von wo sonst sollte unser Forstfachmann herkommen, wenn nicht aus Eberswalde«, so Götz.

Anschließend richteten mit Raimund Tomczak, Vorsitzender der VLK in Brandenburg, und Andreas Büttner, Kreisvorsitzender der FDP Uckermark, zweit weitere Spitzenkan-

didaten der Landespartei Grußworte an die Anwesenden.

In seinem anschließenden Rechenschaftsbericht spannte Beyer den Bogen vom 19. November 2006, dem Tag der Wahl des Eberswalder Bürgermeisters Friedhelm Boginski, über den Tag der Kommunalwahl des letzten Jahres, bis zu den Herausforderungen der Zukunft. Mit über 20 Prozent Mitgliederzuwachs seien die Liberalen im Barnim gut aufgestellt und die Erfolge bei der letzten Kommunalwahl sprächen für sich. Beyer hob diesbezüglich auch den hervorragenden Zusammenhalt der Partei hervor, der sich neben der Kampagnenfähigkeit vor allem in den vielen geselligen Zirkeln zeige, die sich insbesondere in den letzten zwei Jahren neu gegründet hätten.

Beyer ließ es sich nicht nehmen, kurz auf die aktuellen Querelen im Ortsverband Eberswalde der Partei einzugehen. Es erfülle ihm mit Unverständnis, wenn ein gewählter Amtsinhaber »den Bettel nach wenigen Tagen einfach hinschmeiße«, nur weil er sich nicht sofort bei allen Fragestellungen habe durchsetzen können. »Die Menschen erwarten von uns, daß wir die von ihnen wahrgenommenen Probleme angehen«, so Beyer. In diesem Kontext sprach er einen großen Dank an die Mandatsträger der Partei

Kita-Neubau zurückgestellt

Eberswalde (bbp). Nach kontroverser Diskussion im Hauptausschuß hat der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski die Vorlage zur Verwendung der Mittel aus dem »Zukunftsinvestitionsgesetz« (Konjunkturpaket II) zurückgezogen und eine veränderte Variante zur Beschlußfassung in der Stadtverordnetenversammlung am 30. April vorgelegt. Ursprünglich war von der Verwaltung vorgeschlagen worden, die 2,6 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket für den Bau einer neuen Kindertagesstätte im Stadtteil Eberswalde-Stadtmitte und eines neuen Gerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Eberswalde zu verwenden. Die Konjunkturpaket-Mittel wären so ausschließlich zur weiteren infrastrukturellen Stärkung der Innenstadt verwendet worden. Lediglich der Neubau des Feuerwehrdepots fand im Hauptausschuß mehrheitliche Zustimmung. Der Kita-Neubau hingegen wurde zunächst zurückgestellt. Vor allem monierte die Stadtverordneten, daß belastbares Zahlenmaterial über die aktuelle Auslastung der Kitas, mögliche Alternativen zur Erhöhung der Kapazitäten und eine nachvollziehbare Bedarfssprognose seitens der Stadtverwaltung fehlten. Über die Verwendung Mittel für die Bildungsinfrastruktur wird die StVV nunmehr erst am 28. Mai nach der Beratung im Ausschuß für Bildung, Jugend und Sport entscheiden.

aus, den er stellvertretend an Barbara Ehm und Götz Trieloff adressierte. »Ich erwarte, daß wir deren Engagement für unser Gemeinwohl anerkennen und nicht, daß wir deren Arbeit durch Kultivierung persönlicher Befindlichkeiten erschweren!«

In der anschließenden Wahl zum Kreisvorstand wurde Beyer mit 86% als Kreisvorsitzender wiedergewählt und bedankte sich bei den Parteifreunden mit dem Versprechen, daß der Landtagswahlkampf nun in den Mittelpunkt aller Aktivitäten rücken werde. Ferner wurden mit Detlef Bahnsen (Schönfeld) und Dr. Heiner Loss (Ahrensfelde), zwei Parteifreunde aus dem Niederbarnim gewählt, während für die Finanzen zukünftig der Eberswalder Thomas Oesterling als Schatzmeister zuständig sein wird.

Als Beisitzer fungieren zukünftig Peter Pick aus Panketal, Sven Schilling aus Bernau sowie Martin Hoeck und Karl-Dietrich Brückner aus Eberswalde. Der Vorsitzende zeigte sich diesbezüglich sehr erfreut, daß damit ein zwischen den beiden Ortverbänden paritätisch besetzter Vorstand gewählt wurde, dem zudem die Vorsitzende der FDP-Fraktion im Kreistag Barnim, Barbara Ehm, als geborenes Mitglied angehört wird.

SBB & Friedenskoordination: Demo in Potsdam

Die Soziale Bewegung Land Brandenburg (SBB) und die Friedenskoordination Potsdam hatten am 4. April zur gemeinsamen Demo für Frieden und Soziale Sicherheit aufgerufen. Bei herrlichem Wetter und guter Stimmung nahmen etwa 200 Demonstranten um 14 Uhr an der Auftaktveranstaltung am Luisenplatz teil. Leider haben nicht mehr Bürger aus den Städten Brandenburgs und aus Potsdam zu uns gefunden.

Prof. Dr. G. Fischer geißelte die zunehmende Erstarkung faschistischer Denkweisen und Gruppen in Deutschland. Uwe Hicks sprach über den aggressiven Charakter der NATO und wie militärische Traditionen und Gedenken, besonders auch in Potsdam, zunehmend gepflegt werden. Dr. F. Baier erinnerte an japanische Bekundungen zum Kriegsverzicht nach 1945 und was daraus in Japan und Deutschland geworden ist. Frank Eschholz, der Sprecher der SBB, prangerte die soziale Kälte und die Nichtanerkennung des Wachstumsbedarfs der 14 bis 17 jährigen Jugendlichen an. Besonders Pedram Shayhar von Attac redete über Zusammenhänge der einzelnen Themen und ihre Auswirkungen weltweit und in Deutschland. Er nannte kleine Erfolge und rief zu weiteren Aktionen für Menschen und Umwelt auf. Daß in Potsdam Sozialbewegte und Friedensaktivisten schon zum wiederholten Mal diese Demo gemeinsam gestalten, hoben viele Redner besonders hervor.

Auf der Zwischenkundgebung am Ehrenmal der gefallenen Sowjetsoldaten erinnerte Frank Erhard an verlustreiche Errungenschaften und forderte wie auch Gabi Wallenstein einen Systemwechsel. An der Abschlußkundgebung am Deserteurdenkmal haben leider nur noch halb so viel Menschen teilgenommen. Günther Waschkuhn erinnerte an den 1. Mai als Kampftag für soziale und betriebliche Rechte die es zu erhalten gilt. Deshalb ist es wichtig an diesem Feiertag wieder den gemeinsamen Kampf in den Vordergrund zu rücken. Herr Hermig überbrachte Grüße von den Bombodrom Gegnern und bat um weitere Unterstützung. Regine Hirscht nahm die Finanz- und Wirtschaftskrise gekonnt, in Form einer Märchenerzählung, aufs Korn. Weitere Redner rundeten die angesprochenen Themen ab.

Die Eisenhüttenstädter Musiker »Christine und Werner« trugen mit ihren Songs zur abwechslungsreichen Gestaltung wesentlich bei. Wir waren zwar zu wenige, aber es war eine gelungene Veranstaltung. Wer nicht gekommen ist, hat allerhand verpaßt.

RAINER WEIGT

Beratung für Kriegsdienstverweigerer
mit Thomas Lehmann

im Begegnungszentrum »Wege zur Gewaltfreiheit«,
16225 Eberswalde, Brautstraße 34, Tel. 03334/22398

Weitere Abwanderung

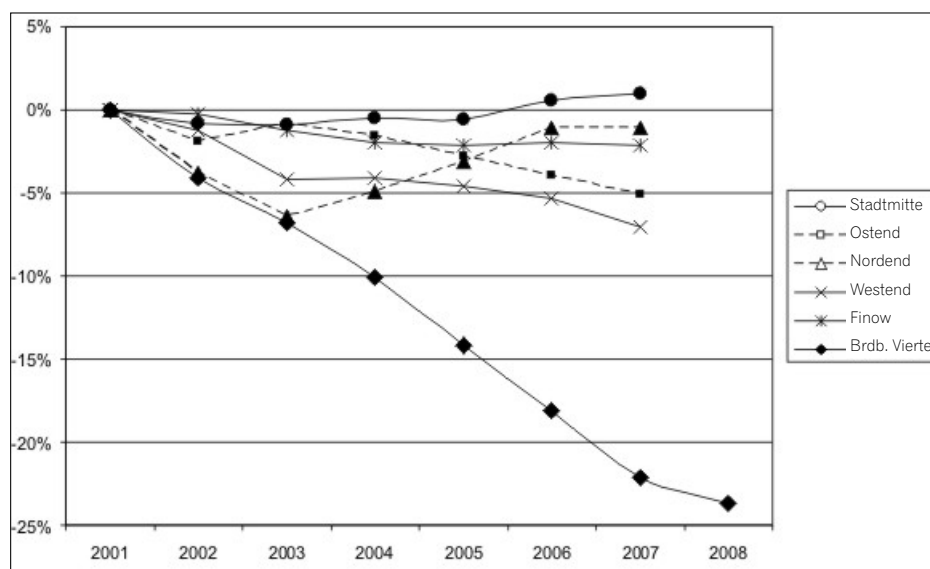
Konsolidierung der übrigen Stadtteile auf Kosten des Brandenburgischen Viertels

Eberswalde (bbp). Nach aktuellen Angaben der Stadtverwaltung wohnen derzeit insgesamt 7.104 Menschen im Brandenburgischen Viertel. Die Abwanderung aus dem Viertel geht mit unverminderter Dynamik weiter. Dabei verlassen seit 2004 mehr Menschen das Viertel als die Stadt insgesamt. Das bedeutet, daß sich seit fünf Jahren die Bevölkerungszahlen in den übrigen Stadtteilen von Eberswalde, mit Schwerpunkten in Nordend und in Stadtmitte, zu Lasten des Brandenburgischen Viertels konsolidieren.

Im Jahr 2006 wurde diese Entwicklung mit den Beschlüssen zur Schließung der Kita »Spatzennest« und der Albert-Einstein-Oberschule gegen die massiven Widerstände der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner auch politisch untermauert. Im gleichen Jahr hatte die Stadtverordnetenversammlung auch mit der

Fortschreibung des »Stadtumbaukonzeptes« den vorrangigen Abriss in Form des »teilräumlichen Konzepts Brandenburgisches Viertel« beschlossen. Die planerischen Grundlagen dafür waren innerhalb der städtischen Bauverwaltung bereits ab etwa 2000 erstellt worden.

Insgesamt gibt es im Brandenburgischen Viertel derzeit 340 Kinder unter 7 Jahre, das entspricht einer Jahrgangsstärke von 57. Ebenso viele Kinder pro Jahrgang weist die Gruppe der 7- bis 15-Jährigen auf, insgesamt 518 Personen. Zwischen 16 und 25 Jahre alt sind 906 Personen (91 pro Jahrgang). Die Altersstufen 26 bis 55 bilden mit 3114 Personen die größte Gruppe, mit 104 Personen auch pro Jahrgang. Älter als 55 Jahre sind 2226 Personen, etwa 80 pro Jahrgang, wenn man die ungefähre durchschnittliche Lebenserwartung als statistische Altersgrenze zur Hilfe nimmt.



»Villa Kunterbunt« ist Spendenkönig

Eberswalde (bbp). Über insgesamt 5.451,75 Euro Spenden konnten sich die Kinder der Kita »Villa Kunterbunt« im Jahr 2008 freuen. Wie man dem Spendenbericht der Stadt Eberswalde, der den Stadtverordneten im März zur Kenntnisnahme vorlag, entnehmen kann, erreichte die Finower Einrichtung damit unter den Eberswalder Kitas den unangefochtenen Spitzenplatz. Von Unternehmen kamen 3.781,75 Euro, darunter 2.421,75 Euro zweckgebundene Spenden. Von anderen erhielt die »Villa Kunterbunt« weitere 1.670 Euro zweckgebundene Spenden. Ein besonders erfolgreicher Spendenmonat war der Dezember 2008, in dem allein 3.075 Euro eingingen. Sehr erfolgreich für die Kita war mit 1.400 Euro auch die Zeit von Mitte August bis Mitte September. Das gespendete Geld fand Verwendung für den Aufbau eines Blockbohlenhauses (500 Euro),

für Malerarbeiten, für Bastel- und Spielmaterial und weiteres. Da die meisten Spenden für die »Villa Kunterbunt« erst Ende des Jahres eingingen, sind fast 4.800 Euro als Haushaltsrest in das Jahr 2009 übernommen worden.

Spenden aquirieren konnten auch die städtischen Kitas »Sputnik«, »Spielhaus«, »Im Zwergenland«, »Pusteblume«, »Kinderparadies Nordend«, »Gestiefelter Kater«, »Nesthäkchen« und »Sonnenschein«. Die Spendensummen im Jahr 2008 lagen zwischen 100 Euro für das »Zwergenland« und 1.175 Euro für die Kita »Spielhaus«. Die Kita »An der Zaubernuß« sowie die Horte »Am kleinen Stern« in Finow und »Kinderinsel« im Brandenburgisches Viertel erhielten im Jahr 2008 keine Spenden.

Spenden für die Kitas in freier Trägerschaft werden im Spendenbericht der Stadt Eberswalde nicht erfaßt.

Atenschutz-Einsatzübung »Plansch«

Während sich die Kameraden des THW Eberswalde am 18. April beim Tag der offenen Tür präsentierten, übten drei THW-Helfer aus Eberswalde gemeinsam mit anderen Ortsverbänden in einem Berlin-Neuköllner Hallenbad den Einsatz von Atemschutz. Im angenommenen Szenario traten Atemgifte im Kellerbereich eines Schwimmbades aus. 8 Vermißte mußten gesucht und gerettet werden.

Der Zugang in den Keller konnte nur unter Zuhilfenahme von Trennschleifer und Motorsäge erfolgen. Außerdem mußte ein Kriechgang mit Hindernissen absolviert werden. »Echt anstrengend war das ständige Kriechen mit der gesamten Ausstattung« sagt Steffen Rochow, einer der Eberswalder Teilnehmer.

Die Atemschutz-Trupps hatten nun die Aufgabe, den sehr verwinkelten und gut geheizten Keller zu erkunden, die Vermißten zu suchen und zu retten. Hinderlich waren neben der absoluten Dunkelheit das im Keller in Kopf- und Fußhöhe verlegte Rohrsystem, sowie große Filteranlagen, die zu Wasserreinigung des darüber befindlichen Schwimmbeckens dienen. Dies

führte zu einer sehr unübersichtlichen und beengten, aber dadurch realistischen Einsatzsituation. Insgesamt bewältigten 18 Helfer unter Atemschutz die Übungsaufgaben. Neben den Neuköllner Helfern nahmen auch Kameraden aus Pankow, Marzahn-Hellersdorf und Eberswalde teil. Die Fachgruppe Führung/Kommunikation aus Charlottenburg Wilmersdorf übernahm die Aufgaben der Führungsstelle und stellte durch ein extra verlegtes Funknetz die Kommunikation über 2m-Funkgeräte im Keller sicher. Fünf Sanitäter der Johanniter Unfallhilfe aus dem Ortsverband Berlin Süd übernahmen die medizinische Absicherung der Übung. Die Kameraden der Johanniter Unfallhilfe waren ebenso vom Übungsszenario begeistert wie die THW-Helfer. Die Zusammenarbeit der Ortsverbände funktionierte reibungslos. Die Nachbesprechung ergab, daß ein hoher Lerneffekt erzielt wurde, aber auch Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Ein gemeinsamer Grillabend rundete die Übung und die erfolgreiche Zusammenarbeit ab.

STEFAN FÖRDER

Statt der Ehrenkompanie Soldaten ...

PETER SODANN zu Gast bei den »Offenen Worten mit Dagmar Enkelmann«

Interessant, anders, empfehlenswert – selten trafen diese Attribute der »Offenen Worte mit Dagmar Enkelmann« besser zu als am letzten Sonntag des Monats März: Zu Gast war der Schauspieler Peter Sodann. Trotz einer anfänglichen Verzögerung ließen sich die 180 Gäste schnell von Charme und Schlagfertigkeit des Sachsen und Kandidaten der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten einfangen.

Peter Sodann, Jahrgang 1936, gelernter Werkzeugmacher, Schauspieler, Kabarettist, Schriftsteller, Regisseur, auch zeitweilig Bauleiter, mußte sich nicht erst um dieses Amt bewerben, um ein politischer Mensch zu sein. »Sodann kauft Atomfabrik« zitierte Enkelmann Zeitungen aus dem Jahre 2004. Dabei ging es um eine bundesweite Initiative, die mit einem eigenen Angebot verhindern wollte, daß die von der Bundesregierung stillgelegte Hanauer Atombrennstäbelfabrik ins Ausland verschertelt wird. Zunächst hatte Sodann in Leipzig Jura studiert. 1959 wechselte er an die Theaterhochschule der Stadt, war Mitbegründer des Studentenkabarets »Rat der Spötter«. Für die scharfzüngigen Texte steckte ihn der Staat DDR, der keinen Spaß verstand, für zehn Monate ins Gefängnis. Erst 1963 konnte Sodann sein Theater-Studium fortsetzen. Die aufrechte Haltung legte Sodann ein Leben lang nicht ab, auch als er sich zur Präsidentschaftskandidatur entschloß. Wer die Welt verändern wolle, müsse leiden, meinte er augenzwinkernd.

Was er als Bundespräsident im Schloß Bellevue praktisch verändern würde? Dort würde es dann regelmäßig eine »Armenküche« geben und statt der Ehrenkompanie Soldaten würden

eher normale Bürger – Handwerker, Hausfrauen, Lehrer – Zutritt zum Schloß haben. Scharf prangerte er die Selbstbedienungsmentalität von Managern und Bankern an. Seine Ansicht, dem Chef der Deutschen Bank, Ackermann, Handschellen anzulegen, hatte die bundesdeutsche Öffentlichkeit in Aufregung versetzt. Inzwischen habe er, resümierte Sodann, große Unterstützung bekommen. Bekanntlich wolle US-Vizepräsident Joe Biden sogar alle Banker in den Knast stecken. Passend dazu will Sodann – nach drei eher autobiografischen Büchern – als nächstes eine »Enzyklopädie der Untaten« aufschreiben. Beginnend bei A wie Ackermann und bis Z wie Zumwinkel.

Neben dem Leben auf den Bühnen spielen Bücher eine große Rolle bei Sodann. Als Dagmar Enkelmann seine Büchersammlung in Merseburg ansprach, wechselte der Kabarettist ins ernste Fach. Begonnen hatte er die Initiative, als nach 1990 vermutlich Millionen Bücher aus DDR-Beständen teilweise auf der Halde »entsorgt« wurden. Das sei eine »große Sauerei« gewesen. Mit diesen Werken sei er groß geworden und er will sie nachfolgenden Generationen erhalten. Im Juni 2007 gründete Sodann den »Verein zur Förderung, Erhaltung und Erweiterung einer Sammlung von 1945-1990 im Osten Deutschlands erschienener Literatur (Peter-Sodann-Bibliothek)«. Über 400.000 Bände kamen bereits zusammen, die meisten lagern zurzeit in einer eigentlich zu feuchten Turnhalle. Eine spontane Sammelaktion unter den Besucherinnen und Besuchern im Saal zur Unterstützung der Aktion brachte 250 Euro ein.

BÄRBEL MIERAU

Tag der offenen Tür

Zum Mitmachen und Anfassen hatten die Mitglieder des Technischen Hilfswerks (THW) Eberswalde am 18. April eingeladen. Zahlreiche Besucher nutzten am Tag der offenen Tür die Möglichkeit, um sich die Technik näher anzuschauen. Sie konnten sehen, welches Leistungsspektrum das THW hat, wenn es zu Unglücksfällen kommt: Eine Seilbahn bauen, um unwegsames Gelände zu überbrücken. Strom für ein Dorf erzeugen und in eine Freileitung einspeisen. Sandsäcke verlegen, um einen Deich zu sichern. Verpflegung für viele Menschen zubereiten. Und vieles mehr. »Am eindrucksvollsten finde ich die Möglichkeiten in der Elektroversorgung mit dem großen Aggregat«, sagte eine Besucherin. »Unter den Besuchern waren auch Freunde und Partner des Ortsverbandes, unter anderem Vertreter der Feuerwehren in Eberswalde und Finow«, sagt Mirko Wolter, der Ortsbeauftragte. Viele staunten, als sie hörten, daß jedes der durchweg ehrenamtlichen Mitglieder im THW viel lernen kann, nette Kameraden kennen lernt und nicht nur regional, sondern auch international, eingesetzt werden kann.



Im Anschluß an die Veranstaltung konnten zwei neue Notstromaggregate an die Bergungsgruppen übergeben werden. Mit ihrer Leistung von 8 kVA können sie ca. 6 Flutlichtstrahler mit 1000 Watt betreiben. Damit sind sie leistungsfähiger und moderner als die bisherigen Geräte.

Wer den Tag der offenen Tür verpaßt hat, muß keine Angst haben. Um sich über die Arbeit im THW zu informieren und mitzumachen, bieten sich auch die regulären Treffen an. Die nächsten Termine dafür sind der 9. und 23. Mai. Einfach vorbeikommen!

STEFAN FÖRDER

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)
Ortsverband Eberswalde,
Carl-Zeiss-Str. 2, 16225 Eberswalde
Telefon: 03334/287691, eMail: info@thw-eberswalde.de
http://www.thw-eberswalde.de, http://www.thw.de

Kommunal-Kombi kein Hit

Bernau (bm). »Daß der Kommunal-Kombi seit April für fast ganz Brandenburg gilt, ist die einzige gute Nachricht für Arbeitslose. Unverdrossen aber setzt die Regierung in der Krise auf den sogenannten allgemeinen Arbeitsmarkt. Das ist unverantwortlich und reichlich zynisch«, erklärt die Bundestagsabgeordnete Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE) zur jetzt vorliegenden Antwort auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE zum Kommunal-Kombi. Seit Anfang April, teilt die Bundesregierung darin mit, können Regionen mit mehr als 10 Prozent Arbeitslosenquote den Kommunal-Kombi beantragen. Zuvor lag der Grenzwert bei 15 Prozent. Der Kommunal-Kombi gilt damit im Land Brandenburg für fast alle Landkreise und kreisfreien Städte, ausgenommen Potsdam, Potsdam-Mittelmark sowie Dahme-Spreewald. »Ein Hit wird der Kommunal-Kombi dennoch nicht. So erteilt der Bund einer stärkeren finanziellen Beteiligung eine Absage und läßt schwächere Kommunen weiter im Regen stehen«, betont Enkelmann. Nötig sei, daß sich Bund und Land finanziell stärker engagieren. Der Kommunal-Kombi müsse zudem für Arbeitslose zugänglich werden, die bereits in ABM oder Saisonarbeit tätig waren. Das lehnt die Bundesregierung nach wie vor ab, weil damit, so wörtlich in der Antwort, der »Vorrang einer Vermittlung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt« unterlaufen werde.

»Es ist zynisch, Arbeitslose auf den in der Krise faktisch zusammengebrochenen allgemeinen Arbeitsmarkt zu verweisen. Die größte Furcht hegt die Bundesregierung offenbar nicht vor der Arbeitslosigkeit, sondern vor deren wirksamer Bekämpfung mittels öffentlich geförderter Beschäftigung«, kommentiert Enkelmann. Sie verlangt auch mehr regionale Mitsprache beim Kommunal-Kombi. »Es muß Schluß damit sein, daß über die Anträge fernab am grünen Tisch entschieden wird«, betont sie.

Braucht Eberswalde eine neue Baumschutzsatzung?

Die Frage darf gestellt werden, nachdem von SPD und Bündnisgrünen für Eberswalde eine neue Baumschutzsatzung angeregt wurde. Die Frage kann aus formellen Grund mit »nein« beantwortet werden, denn noch gilt für uns die Baumsatzung des Landes Brandenburg. Unter sachlichem Aspekt sehe ich Befürwortung und Ablehnung.

Für die Baumbestände auf städtischem Grund und Boden ist eine Baumschutzsatzung zu befürworten. Anlaß zu dieser meiner Auffassung sind die in letzter Zeit auf öffentlichen Flächen erfolgten Fällungen und Baumbeschädigungen. Die Beispiele sind bekannt.

Für Privatgärten lehne ich eine Baumschutzsatzung ab, da sie erfahrungsgemäß kontraproduktiv wirkt. Spätestens seit dem segensreichen Wirken des Herrn Dr. Schreiber wächst in Gartenkolonien und Privatgärten ein mannigfaltiger Baumbestand, der nicht nur die Arten-

Bundesverband Freie Wähler schließt Landesverbände aus:

»Wir ziehen eine klare Linie«

Frankfurt/Main(bbp). Der Vorstand des Bundesverbandes der Freien Wähler hat Anfang April die Landesverbände Bremen und Brandenburg aus dem Bundesverband ausgeschlossen. Friedhelm Altvater, Landesvorsitzender in Bremen, wurde wegen der aus Sicht der Bundesvorstandschaft nicht hinnehmbaren Äußerungen, wonach der Einsatz von Steuergeldern für einen jüdischen Friedhof Steuergeldverschwendung sei, aus der Wählergruppe ausgeschlossen. Ebenso wurde der Landesverband Bremen vom Bundesverband ausgeschlossen, u.a. weil es der Bundesverband als Problem ansieht, daß die Führungsriege sich fast ausschließlich aus ehemaligen Mitgliedern der ehemaligen Schillpartei, »Bremen muß leben« etc. zusammensetzt.

Der Landesverband Brandenburg wurde ebenfalls ausgeschlossen »wegen ähnlicher Strukturprobleme«. Die Bundesversammlung sei bei der Aufnahme Brandenburgs über diese Zusammenhänge nicht informiert worden.

Die »Freien Wähler Brandenburg« waren am 6. Dezember 2008 auf Initiative der »Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegung«, zu der sich

mehrere Bürgerinitiativen zusammengeschlossen hatten, und der Partei »50Plus«, die ehemaligen Mitgliedern der Schillpartei als Sammelbecken dient, in Chorin gegründet worden. Die »Freien Wähler Eberswalde« hatten sich schon damals distanziert und waren zwei Monate später dem Potsdamer Landesverband, der ebenfalls unter dem Namen »Freie Wähler« firmiert, beigetreten (vgl. BBP 1, 2 und 3/2009).

Wie der Pressesprecher der FW Bundeswählergruppe Michael Leonbacher mitteilt, legt der Bundesverband der Freien Wähler »Wert darauf, eine politische Kraft der Mitte zu sein, was sie auch von anderen Parteien erwarten«. Inhaltlich gingen die FW mit der Thematik »Freie Wähler - für ein Europa der Bürger und Regionen« in den Europawahlkampf. Spitzenkandidatin Gabriele Pauli habe ein Konzept eines modernen Wahlkampfes vorgestellt, mit dem trotz einer nur schmalen Wahlkampfkasse ein erfolgreicher Wahlkampf betrieben werden könne. »Es ist uns wichtig, politisch unabhängig zu bleiben und ohne Konzernsponsoring organisieren zu können«, so die FW-Führungsriege übereinstimmend.

»Wir distanzieren uns von diesem Landesverband«

Zum Ausschluß der Freien Wähler Brandenburg (Hoppegarten) aus dem Bundesverband

Der Ortsverein Freie Wähler Eberswalde e.V. ist seit dem 06.02.2009 Mitglied im Landesverband Freie Wähler Brandenburg e.V. mit Sitz in Potsdam unter dem Landesvorsitz von Herrn Dr. Wigor Webers (Potsdam).

Der Potsdamer Freie Wähler-Landesverband war und ist nicht Mitglied im Bundesverband der Freien Wähler Deutschland e.V. und wurde auch nicht von diesem ausgeschlossen (siehe auch: www.fw-brandenburg.de). Der vom Bun-

desverband ausgeschlossene Verein hat seinen Sitz in Hoppegarten unter dem Vorsitz von Hans-Jürgen Malirs. Der dort im Landesvorstand aktive Eberswalder Manfred Ehlert ist nicht Mitglied in unserem FW-Ortsverein.

Die Freien Wähler Eberswalde e.V. distanzieren sich von dem Landesverband mit Sitz in Hoppegarten.

HEIKE ECKE, Vorstandsvorsitzende
Freie Wähler Eberswalde e.V.

vielfalt unserer Forsten ergänzt, sondern u.a. auch zur Sauerstoff- und Biomasseproduktion, zur Lebensqualität und zur Landschaftsprägung beträchtlich beiträgt und überdies Lebensraum für eine artenreiche Fauna bietet.

Diese Entwicklung vollzog sich ohne Druck und Zwang. Es war die freie Entscheidung der Gartenbesitzer und -pächter und bedurfte keiner Baumschutzsatzung. Auch Eberswalde wurde so durch den Fleiß und das naturverbundene Wollen von tausenden Gartenbetreibern gestaltet.

Dabei wuchs in den Gärten auch so mancher Waldbaum von beachtlicher Höhe und Durchmesser. Umgestaltungen des Baumbestandes in den Gärten stand nichts im Wege und die beschriebenen positiven Wirkungen blieben erhalten.

Anderes vollzieht sich, seit Baumschutzsatzungen in die freie Entscheidung zur Gartenge-

staltung eingreifen. Wir erleben einen Rückgang an hochstämmigen großkronigen Waldbäumen in unseren Gärten und sehen diese ersetzt durch kleinkronige Obstbäume geringerer Höhe.

Daß dieses eine nachteilige Veränderung der Gartenbiotope bewirkt, merken wir z. B. an der Verringerung des Artenreichtums und der Anzahl der Singvögel. Eine entscheidende Ursache hierfür liegt in dem mit Geldstrafe verbundenen Fällungsverbot einmal gepflanzter Bäume. Viele Gartenfreunde wagen nicht mehr, hochstämmige und großkronige Bäume zu pflanzen, weil ihnen eine spätere Umgestaltung ihres Gartens verwehrt ist.

Wer an Baumbeständen in Gärten mit großer ökologischer Wirkung interessiert ist, wird sich gegen Baumschutzsatzungen für Privatgärten wenden.

Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Griff in die Taschen der Bürger

Abwasseranschlußbeiträge für »Altanschließer« – Fragen an den Landrat des Barnim

Seit Jahren versucht das Land Brandenburg die durch seine verfehlte Wasserpolitik hoch verschuldeten Wasserverbände zu Lasten der Bürger zu entschulden. Die bislang in Absprache mit den Wasserverbänden angewandten Methoden sind bekannt: Verbrauchsunabhängige Höchstgebühren in Form von Grundgebühren, hohe Gebühren bei Abwassergrubentleerung bei gleichzeitigem Zwang, nur dem Wasserverband verpflichtete Abfuhrunternehmen zu beauftragen, Rückzahlung der von den Bürgern in Anspruch genommenen Gelder zur Abwasserkanalisation erst in mehreren hundert Jahren unter Inkaufnahme der »biologischen« Lösung der betagten Bürger.

Nun ist seit Jahren eine weitere Methode der Bürgerbelastung im Gespräch: Die Heranziehung so genannter Altanschließer für Anschlußkosten. Die Ostender Bürger erinnern sich noch, wie 2001 Vertreter des ZWA Eberswalde in einer Versammlung in der Pfingstkapelle für Abwasseranschlußleitungen aus längst vergangener Zeit Beitragskosten einforderten. So sollte ein Senior, dem die Anschlußleitung in den 30iger Jahren des 20. Jahrhunderts durch den Staat gelegt worden war, nun endlich persönlich den Beitrag bezahlen. Eine so zeitlich weit zurückgreifende Forderung konnte nicht durchgesetzt werden.

Aber jetzt liegt eine neue gesetzliche Regelung vor, nach der Grundstückseigentümer wiederum für vor 1990 angelegte Abwasseranschlußleitungen nachträglich zu bezahlen haben. Um drohende Verjährung auszuschließen, wurde gleichzeitig die Verjährungsfrist bis zum Jahre 2011 verlängert.

Wir sind nun der Meinung, das dieses Vorgehen die Kommunalaufsicht des Kreises Barnim auf den Plan rufen sollte und fragen an:

1. Hält es der Landrat für rechtskonform, daß in Brandenburg die bundesweit einheitlich geltende Abgabenordnung bezüglich der Verjährungsfristen außer kraft gesetzt wurde?
2. Ist der entsprechende Beschluß zur Gesetzesänderung rechtskräftig?
3. Hält es der Landrat für rechtlich zulässig, Beitragsbescheide nachträglich auszufertigen?
4. Wird der Landrat darüber wachen, daß die übrigen Voraussetzungen für nachträglich Beitragsenthebungen (z. B. gerichtsfeste Kalkulationen, Nachweis des Nutzens für den Grundstücksbesitzer) vorhanden sind?
5. Ist für den Barnim vorgesehen, nachträgliche Anschlußbeiträge zu fordern?
6. Welche Vorstellungen hat der Landrat bezüglich der Berechnungs- und Bemessungsgrundlagen hinsichtlich der Beitragsgerechtigkeit?
7. Welchen Beitrag hält der Landrat für sozial verträglich?
8. Ist der Landrat gegebenenfalls der Auffassung, daß Sozialverträglichkeit keine Rolle spielt, sondern daß es nur darum geht, die Einnahmen der Wasserverbände zu erhöhen, um Zins- und Tilgungsleistungen an die Banken zu sichern?
9. Welche Auswirkungen wird es haben, wenn von Besitzern und Betreibern von Wohnanlagen in gleicher Weise Beiträge wie von privaten Grundstücksbesitzern gefordert werden?

JOHANNES MADEJA und
Dr. GÜNTHER SPANGENBERG

Streusalz und Baumsterben

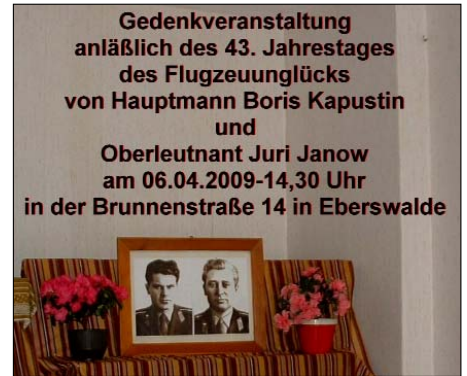
Eberswalde (bbp). »In der Friedrich-Ebert- und in der Eisenbahnstraße sind am 16. April Baumpflanzungen durchgeführt worden, um abgestorbene Straßenbäume zu ersetzen«, stellt der Stadtverordnete Jörg Schneidereit (Die Linke) in einer Anfrage zur StVV-Sitzung am 30. April fest. Dies sei sehr zu begrüßen. Die abgestorbenen Bäume waren erst vor einigen Jahren im Zuge der in diesen Straßen erfolgten Straßenbaumaßnahmen gepflanzt worden. Schneidereit möchte wissen, wie hoch der Anteil der abgestorbenen Bäume am Gesamtbestand der im Zuge des Ausbaus der Friedrich-Ebert-Straße und der Eisenbahnstraße neu gepflanzten Bäume ist und welche Ursachen für das Absterben

dieser Bäume verantwortlich waren. »Eine mögliche Ursache für das Absterben von Straßenbäumen«, so Schneidereit, »ist die Verwendung von Streusalz im Winterdienst auf den Straßen und Gehwegen. Entsprechend einer vor einigen Jahren erfolgten Studie ist es auf Straßen mit funktionsfähiger Straßentwässerung vor allem der Streusalzeinsatz auf den Gehwegen, welcher die Straßenbäume gefährdet.« In der Friedrich-Ebert-Straße sei im Winter 2008/2009 ein verstärkter Einsatz von Streusalz festgestellt gewesen. Entsprechende Kritiken und Hinweise in der Stadtverordnetenversammlung und im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt zum Thema Streusalz habe es bereits in den Vorjahren gegeben, ohne daß innerhalb des zuständigen Fachdezernats entsprechende Schlußfolgerungen gezogen wurden. Entsprechend der gültigen Straßenreinigungssatzung der Stadt Eberswalde ist der Streusalzeinsatz auf Gehwegen nicht erlaubt. Schneidereit fragt daher: »Wie gedenkt die Stadtverwaltung, diese Regelung künftighin in der Praxis durchzusetzen?«

Man wacht auf von Kanonen,
an einem Morgen voller Flugzeuge.
Das scheint die Revolution zu sein:
doch es ist der Geburtstag des Tyrannen.

ERNESTO CARDENAL
(via krixit)

Kapustin & Janow



Am 6. April führte die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde eine Gedenkveranstaltung zum 43. Jahrestag des Flugzeugabsturzes der Piloten Boris Kapustin und Juri Janow durch. An dieser Veranstaltung nahmen Bürger aus Eberswalde, Bernau und Potsdam teil. Die Teilnehmer gedachten in einer Schweigeminute der Heldentaten der Piloten aus Rostow am Don und Wjasma. Die Würdigung wurde umrahmt mit der Musik »der riesige Himmel«.

Die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft hat sich zur Aufgabe gestellt, die Einzelheiten zum damaligen Geschehen aufzuarbeiten. Dabei fanden sie Unterstützung von einzelnen Bürgern die sich für dieses Projekt interessierten und dabei Hilfe leisteten. So unter anderem von den ehemaligen Bürgerinnen aus Rostow am Don Nonna Iwaschtschenko und Eleonora Polunina die, die Verbindung mit Frau Galina Kapustina und weitere Institutionen in Rostow am Don herstellten und pflegen. Die Verbindung zu der Familie Janow wird von Kurt Berus aufrecht erhalten.

Die im Anschluß gemachten Ausführungen bezogen sich auf Bild und Zeitdokumente aus der Zeit vom 6. April 1966 bis heute und wurden von den Teilnehmern mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Es schloß sich ein lebhafter Gedankenaustausch an. Dieser machte deutlich, daß es ein großes Interesse gibt in dieser Angelegenheit weitere Einzelheiten zu erfahren. Die gut besuchte Gedenkstunde wird der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde Ansporn für die weitere Arbeit sein.

ILSE WEBER



Doch in dem Sinnzusammenhang, der im Kopf der Konservativen wabert, wenn sie von »Werten« sprechen, kommt das Wort »Wert« bei Marx nicht vor, überhaupt nicht.

Aber: Wenn Karl Marx von den Interessen der Arbeiterklasse spricht, sind seine messerscharfen Analysen nicht nur durch Logik und sinnliche Erfahrung bestimmt, sondern auch durch profunde Kenntnis der menschlichen Werte-Vorstellungen in ihrer Geschichte und in ihrem fortwährenden Bestand. Marx hat von früher Jugend an vor allem die europäische Literatur seit ihren Anfängen bei den alten Griechen gelesen und studiert. Und so wußte er, wie Leute mit Macht und Mammon auf die Werte spucken, seit Anbeginn der Klassenherrschaft. Und er wußte, wer die Werte hoch gehalten hat in der Verantwortung vor den Menschen. »Was ihr den geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan«, hatte Jesus gesagt (und wurde hingerichtet). Aber Fürsten und Kirche wurden sich einig, die Rechtlosigkeit der geringsten zu verfestigen.

Marx wußte auch, daß im Zeitalter der französischen Revolution die individuelle Freiheit proklamiert wurde, als »Wert« im moralischen Sinne und als Gesetz. Wer Geld hatte, konnte unternehmerisch wirksam werden und seinem Eigennutz fröhnen. Natürlich gab es Menschenfreunde, denen der schrankenlose Eigennutz und sein Pendent – die Armut – nicht gefiel. Einige nannten sich Sozialisten. Doch Marx sah über ihren Horizont hinaus: Sozialisten hegen »die Illusion, in dem Elend nur das Elend zu erblicken«. (Marx 1847 in seiner Schrift »Das Elend der Philosophie«, gegen Proudhon, MEW 4 S. 143) Sozialisten »erblicken auf der Seite des Proletariats keine geschichtliche Selbsttätigkeit, keine ihm eigentümliche politische Bewegung«. Höchstens als »leidendste Klasse existiert das Proletariat für sie.« (Kommunistisches Manifest, MEW 4 S. 490) Dagegen ist Selbsttätigkeit für Marx die Hauptsache, der Kern aller Menschenwürde und insofern aller »Werte«, gleich, ob die Selbsttätigkeit empirisch sichtbar ist oder als Potenz erkennbar wie Glut im Kraterherde. Schon 1843/44 hatte Marx erkannt: Die Kritik der bestehenden Zustände gipfelt in der Lehre, »daß der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei...«

Und so ist es mittelbar auch Marx zu danken, daß heute Artikel 1 (1) des Grundgesetzes lautet: »Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt« und obendrein »Grundlage jeder solidarischen Gemeinschaft«, wie in der Brandenburgischen Verfassung hinzugefügt ist. Das werden wir auch gegen alle Obrigkeiten, gegen alle staatliche Gewalt verteidigen. Auch alle staatliche Gewalt ist an das Grundgesetz gebunden. Immerhin ein Fortschritt seit der Zeit des Feudalismus.

Weil Marx wußte, wodurch die Würde des Menschen angetastet wird, hatte er 1843/44 seine Kritik der bestehenden Verhältnisse folgendermaßen fortgesetzt: Wenn der Mensch das höchste Wesen für den Menschen ist, so

Karl Marx im 21. Jahrhundert (8)

Internationale und Menschenrecht

von Dr. Rainer Thiel

In vorausgegangener Folge hatten wir unsre Aufmerksamkeit auf das Allerwelts-Wort »Werte« gerichtet. Besonders die Konservativen benutzen das Wort »Werte« gern, um dem Bürger zu sagen, was er – der Konservative – dem Bürger an Moral abverlangt.

gelte der »kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist...« (MEW 1 Seite 385)

Und wie könnte das gehen? Marx erkennt:

»Die Waffe der Kritik kann allerdings die Kritik der Waffen nicht ersetzen, die materielle Gewalt muß gestürzt werden durch materielle Gewalt, allein auch die Theorie wird zur materiellen Gewalt, sobald sie die Massen ergreift.« (MEW 1 S. 385) Mir scheint entscheidend: »... **sobald sie die Massen ergreift.**«

Marx schließt also in die Menschenwürde ein: Menschen müssen, ja – sie müssen um die Anerkennung ihrer Würde auch kämpfen, ihre Würde verlangt es, und sie können es. Man darf ihnen nur nicht mit bumbubum kommen. Man muß sie ermutigen zum AUFRECHTEN GANG; man muß sie gewinnen, für ihre Würde zu demonstrieren. Zur Würde gehört, sich selber als fähig zum Kampf um eigene Würde zu begreifen. Das ist die Quintessenz der Würde, das A und O aller geschichtlichen Entwicklung – und der Theorie von Karl Marx. Wer den Menschen nicht zubilligt, von Idee und Theorie ergriffen zu werden, schließt Fortschritt aus. Deshalb stellt sich auch die Frage: Was heißt hier »begreifen müssen«? Worin steckt das Problem? Darüber wird noch zu sprechen sein.

Gewalt betreffend habe ich mit einem Generalsuperintendenten der evangelischen Kirche gesprochen und Marx zitiert, vor 30 Gästen im evangelischen Gemeindehaus einer Kleinstadt. Der Superintendent (damals noch SPD) wußte aus einem Buch von mir: Schüler – von Behörden mit behördlicher Gewalt angegriffen – wurden zur materiellen Gewalt. Sie nahmen – begleitet von Mitbürgern, von Presse, freiwilliger Feuerwehr und örtlicher Polizei – ihre administrativ mißhandelten, ausgesperrten Mitschüler in ihre Reihen auf. Verlauf und Erfahrungen des Schülerstreiks habe ich in zwei Büchern dokumentiert. Dort ist nachzulesen, wie sich im Land Brandenburg Ansätze zu einer Bürgerbewegung entwickelten. Leider hat die PDS – von ihren Spitzenleuten samt Bisky angeführt – den Ansatz zu einer Bürgerbewegung im Land Brandenburg durch ihren hinterhältigen, im entscheidenden Moment öffentlich verkündeten Boykott niedergeschlagen. Und als sich neulich wieder Schüler in einer Kleinstadt anschlückten, für ihre Schule zu demonstrieren, erschienen vier Landtagsabgeordnete der Linkspartei, um den Schülern zu sagen: Ihr könnt nach Hause gehen, wir werden im Landtag berichten. Doch selbst von

magerster Berichterstattung ist nichts bekannt geworden. Natürlich gingen nicht alle Schüler gleich nach Hause. Die Mehrheit zog mit kräftigen Sprüchen durch die Stadt – »Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Zukunft klaut«. So ging es bis vors Rathaus. Aber die Bürgermeisterin (mit Mandat von der PDS) lehnte ein Gespräch mit den Schülern ab. Und die Schüler begannen den Mut zu verlieren. In anderen Orten des Landkreises waren Schüler und Eltern den Behörden gegenüber erfolgreich: Da hatten sich keine Parlamentarier der Linkspartei eingemischt.

Blicken wir erneut in die Geschichte, durch die wir alle geprägt sind. Marx und Engels haben im Kommunistischen Manifest die rasante Entwicklung der kapitalistischen Produktion und die Entstehung neuer Formen des Leidens der Erniedrigten und Ausgebeuteten reflektiert. Dialektisch Denken heißt aber **welter** denken, bis zum Umschlagen ins Gegenteil des Bestehenden. Und was auch immer besteht – schon Goethe ließ einen seiner Helden sagen: »Es erben sich Gesetz' und Rechte, wie eine ew'ge Krankheit fort; sie schleppen von Geschlecht sich zu Geschlechtern und rücken sacht von Ort zu Ort. Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage; weh dir, daß du ein Enkel bist! Vom Rechte, das mit uns geboren ist, von dem ist, leider! Nie die Frage«. Goethe trieb es auf die Spitze: »Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage.« Ob man will oder nicht: Die Geschichte gestaltet sich dialektisch.

Im dialektischen Denken geübt, zogen Marx und Engels aus dem gigantischen Fortschritt der kapitalistischen Produktion den Schluß: »Der Fortschritt der Industrie ... setzt an die Stelle der Isolierung der Arbeiter ... ihre revolutionäre Vereinigung durch die Assoziation. Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst weggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihren eigenen Totengräber.« (MEW 4 S. 474) Die Autoren des Manifests fügten hinzu, »daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.« (MEW 4 S. 481)

Karl Marx hat begonnen, die besitzlosen Lohnabhängigen als Klasse zu definieren. Er hat sie in ihrer geschichtlichen Lage und ihrer menschlichen Würde begriffen, als Erdenbürger, die ihr Schicksal gestalten und die Klassenspaltung der Gesellschaft überwinden können. Das bleibt richtig, erst recht im einundzwanzigsten Jahrhundert. Doch es gibt zwei Tücken. Auch das ist Dialektik. *Fortsetzung folgt*

Für eine Gentechnikfreie Region

Vertreterinnen und Vertreter aus Landwirtschaft, Gartenbau, Imkerei, dem Lebensmittelverarbeitenden Gewerbe sowie aus Politik, Kirche und Naturschutz trafen sich am 15. März im Kulturbahnhof Biesenthal, um über Grüne Gentechnik in der Region zu diskutieren. Der Vorschlag der Lokalen Agenda 21 Biesenthal zur Schaffung einer großräumigen Gentechnikfreien Region im südlichen Barnim, die sich an die Region Uckermark-Barnim anschließt, fand bei den eingeladenen Gästen und Diskussionsteilnehmer/innen eine breite Zustimmung. Bis zum Herbst sollen Landwirte und Kommunen dazu gezielt angesprochen werden.

Mehr als achtzig Menschen lockte das Thema Grüne Gentechnik am 15. März in den Kulturbahnhof Biesenthal. Auf Einladung der Lokalen Agenda 21 Biesenthal sahen sie sich dort den Dokumentarfilm »Monsanto, mit Gift und Genen« an – eine brillante Recherche über den Biotechnologie-Konzern Monsanto. Im Film wird vorgeführt, wie »wissenschaftliche Beweise« für die Behauptung zu Stande kommen, Gentechnik sei sicher. Die Einflußnahme des Konzerns auf Politik und Kontrollbehörden wird enthüllt und nachgewiesen, wie rücksichtslos der Konzern eine Verunreinigung von gentechnikfreiem mit seinem eigenen genverändertem Saatgut in den Ländern des Südens zuläßt, wie zum Beispiel in Paraguay. Dort hatten Gesetzesbrecher jahrelang Gen-Soja-Saat illegal eingeführt und ausgesät und damit Fakten geschaffen, so daß der Staat am Ende nur noch den Status Quo abnicken konnte.

»Diese Konzerne sind übermächtig. Wie soll man sich dagegen wehren?« fragte erschüttert einer der Zuschauer nach dem Film und sprach damit aus, was viele dachten. »Wir haben mehr Macht, als wir denken«, so der Landwirt Heiner Petersen von der Gentechnikfreien Region Uckermark-Barnim, der als Referent eingeladen war. »Als Landwirte können wir uns zum Beispiel öffentlich dazu bekennen, daß wir auf unseren Flächen den offiziell zugelassenen Genmais Mon810 nicht anbauen werden. Sinnvoll ist die Einrichtung möglichst großräumiger Gentechnikfreier Regionen.« In der Region Uckermark-Barnim hat er seit dem Jahr 2004 gemeinsam mit anderen Mitsreiter/innen insgesamt 46 konventionell und biologisch wirtschaftende Landwirte mit einer Anbaufläche von 16.000 ha vom gentechnikfreien Anbau überzeugen können. »Nicht nur Bauern haben einen Nutzen von Gentechnikfreien Regionen, sondern auch die Verpächter landwirtschaftlicher Flächen. Denn der Wert des Bodens kann vermindert werden, wenn dort verbleibende Gentech-Samen eine Umstellung auf gentechnikfreie Produktion über Jahre unmöglich machen«, so Petersen weiter.

Auch die Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg auf ihren Flächen ein Verbot des Anbaus von Gentech-Pflanzen festgelegt, berichtete Frank Städler, Pfarrer aus Beiersdorf, der trotz seines ausgebuchten Sonntags noch zur Diskussion angereist war.

Thomas Janoschka vom Aktionsbündnis gegen Gentechnik Barnim ergänzte: »Auch als Verbraucher hat man Einfluß. So können sich seit 2008 Konsumenten an der Ladentheke gezielt nach dem Label »ohne Gentechnik« erkundigen – oder gleich Lebensmittel aus biologischem Anbau einkaufen, der die Verwendung von Gentechnik

strikt verbietet.« Die weit überwiegende Mehrheit der VerbraucherInnen sieht ohnehin in den Gentech-Pflanzen keinen Nutzen, der es rechtfertigt, die menschliche Gesundheit und die Vielfalt in der Natur den Risiken der Agrogenentechnik auszusetzen, so Janoschka. »Eine gute Möglichkeit ist es auch, seine Ablehnung von Gentechnik per Protestmail z. B. über www.greenpeace.de an die Politik zu senden.« Täglich gingen derzeit Mails besorgter Bürger/innen bei der Landwirtschaftsministerin Aigner ein, die bereits erwägt die Zulassung für Genmais in Deutschland zu verbieten. Janoschka ergänzte: »Auch Kommunen können Einfluß ausüben. So könne sich die Naturparkstadt Biesenthal als Gentechnikfreie Stadt erklären und damit zum Ausdruck bringen, daß sie gentechnikfreien Anbau im Gemeindegebiet unterstützt« – so wie es bereits die Städte Eberswalde und Bernau getan haben. »Dies würde dem Ansehen unserer Region sehr zugute kommen«, so eine Stimme aus dem Publikum. »Schließlich kommen viele Menschen genau deshalb hierher, weil sie die Natur hier schätzen, als Touristen oder wie ich selbst als Zugezogener. Es wäre doch ein Skandal, wenn wir in Brandenburg durch Gentechnikanbau den Ruf, das »Tafelsilber der deutschen Einheit« zu besitzen verspielen würden und damit die Chance auf ein Wachstum des Sanften Tourismus als Einnahmequelle in einer strukturschwachen Region.«

Interessant war nun der Beitrag des dritten Referenten, Volker Keuchel vom Naturpark Barnim. Wie er berichtete, gibt es im Bereich des Naturpark Barnim etliche Landwirte, die sich bereits zu gentechnikfreiem Anbau verpflichtet hatten. Derzeit liegen im Naturpark Barnim Selbstverpflichtungserklärungen von über 12.000 ha landwirtschaftliche Nutzfläche vor. Von Seiten des Ministeriums für Landwirtschaft sei jedoch im Jahr 2006 das Bemühen des Naturparks, durch weitere Selbstverpflichtungserklärungen einen Anschluß an die Gentechnikfreie Region Uckermark Barnim zu erreichen, unterbunden worden. Noch immer endet daher heute die Gentechnikfreie Region Uckermark Barnim nördlich von Eberswalde. Im südlichen Barnim gibt es keine großflächige Ausweisung. Um genau dies jedoch nun zu erreichen, dürfe der Naturpark nun doch wieder aktiv werden, seit sich der politische Wind aus Potsdam in Bezug auf das Thema Gentechnik geändert habe, so Keuchel. Er könne daher versprechen eine solche Initiative im südlichen Barnim nach Kräften zu unterstützen.

Sehr unterstützt wurde dieses Bemühen von den zahlreich anwesenden Imkern. Insbesondere Herr Jesse von der Imkerunion Brandenburg teilte mit, daß gentechnikfreier Anbau für

die Imker überlebenswichtig sei. Seiner Meinung nach »verpassen die Landwirte, die meinen noch auf Gentechnik setzen zu wollen, derzeit den Anschluß an den Markt. Sie stehen doch ökonomisch auf der viel sichereren Seite, wenn sie gentechnikfrei produzieren. Die Konsumenten fragen das nach und große Milchverarbeiter stellen sich darauf ein.« Als Beispiel wurde die allseits bekannte Milchmarke »Landliebe« genannt. Tausende Verbraucher hatten im vergangenen Jahr mit Protestpostkarten die Forderung von greenpeace nach einem Verzicht auf Gen-Pflanzen unterstützt. Mit Erfolg: Landliebe lenkte ein und schließt seither Gen-Soja und Gen-Mais im Futter aus. Daß gentechnikfreie Landwirtschaft auch für den zukünftigen Arbeitgeber in Biesenthal, der neuen Lobetaler Bio-Molkerei, überlebenswichtig ist, dem stimmte auch deren Leiter Michael Kuper zu.

Vertreten waren natürlich auch die Ökobauern der Region. Olaf Willert, Schäfer und Obstbauer aus Rüdnitz bemerkte, er könne sich sehr gut vorstellen, an seinem Hof ein Schild aufzuhängen »Mitglied der Gentechnikfreien Region Barnim« (oder wie immer die Region dann genannt werden sollte). Damit könne er zum Ausdruck bringen, daß er mitarbeite in einer großen Gemeinschaft von Erzeugern, die sich mit diesem Qualitätsmerkmal auszeichneten. Daß auch einige der konventionell wirtschaftenden Betriebe – wenn auch bislang nicht alle – an einem solchen positiv besetztem Aushängeschild Interesse haben könnten, bestätigte dann auch Holger Lampe, Vorstand des Kreisbauernverbands Barnim. Der Bauernbund Brandenburg, der ebenfalls konventionelle Landwirte vertritt, steht ohnehin seit Jahren auf dem Standpunkt, Gentechnik sei nicht nur überflüssig, sondern schädlich. »Wer vernünftig wirtschaftet, braucht das Zeug nicht.», so ihr Vorsitzender Bringfried Wolter in einer Veröffentlichung. Gentechnik ermögliche Monokulturen, die die Böden auslaugen, und Monopole, die den Saatgutmarkt beherrschen. Beides sei nicht im Interesse des Berufsstandes.

Josephine Löwenstein von der Lokalen Agenda 21 Biesenthal faßte das Ergebnis der Diskussion zusammen. Es bestehe in der Region des Naturparks Barnim demnach ein starkes Interesse daran, sich mittels Selbstverpflichtungserklärung der Landeigner und Flächennutzer zu einer Gentechnikfreien Region zusammenschließen, die sich möglichst an die bestehende Region Uckermark-Barnim anschließen soll. Die Kommunen seien aufgerufen, durch eigene Erklärungen eine solche Initiative zu unterstützen.

Die »Brennpunkt«-Sendungen des BR-Chefredakteurs Sigmund Gottlieb bei ARD waren ein journalistischer Tiefpunkt. Da paßte die Warnung des Journalistenverbands-Chefs Meyn, mit der »Hetzsprache« einiger deutscher Medien in den »Jargon der Wehrmachtsberichte des Zweiten Weltkrieges zurückzufallen«. Für diese Kosovo-»Berichterstattung« erhielt Gottlieb 1999 den bayrischen Fernsehpreis. 2005 ernannte ihn Minister Goppel (CSU) zum Professor für Journalismus (wikipedia)! Die Brennpunkte animierten mich zu einem Plakat, das dann beim Ostermarsch die Ü-Wagen »schmückte«. Fürs eigene NATO-Tun waren aber sanfte Töne gewünscht. Man »führte Frieden« – Schröder mochte nicht von Krieg reden (B.Z.: »Friedensinvasion«). Selbst Gottlieb kam unter Beschuß, weil er von Bombardements sprach. Das mißfiel den empfindsamen PR-Leuten im NATO-Hauptquartier Brüssel und dem Reserveoffizier Walter Stütze, Ex-Militärstaatssekretär. Das Böse sollte zwar böse sein, das Gute aber eben gut – »Wahrnehmungssteuerung« (perception management).

Der Job der Medientruppe war nicht einfach. Ihre wichtigste Propaganda-Figur – »ethnische Vertreibung« und/oder »Völkermord« – mußte durch Vorkriegsfakten belegt werden, um den Angriff zu rechtfertigen. Scharpings »Hufeisenplan« – erst nach Kriegsbeginn »aufgedeckt« – war dafür ungeeignet. Für Massenvertreibungen hatte die OSZE-Mission keine Belege. Sie setzten nachweislich erst nach Kriegsbeginn ein, nun auch als Folge der Luftangriffe. Daher mühten sich das »Trio infemale« – Schröder/Scharping/Fischer – und seine

Teil 3 und Schluß: Bündnis für den Frieden Eberswalde

1999: Weg in den Krieg –

»DEUTSCHLAND IST DABEI«

von Rolf Richter

Schon vor dem Angriff standen fast alle großen deutschen Blätter, »seriöse« wie Boulevard, an der »Front« gegen Serben und Milošević. Bild: der »wahnsinnige Schlächter«, der »irre Serbe«, »sie treiben sie ins KZ«, Berliner Zeitung: »der zweite Hitler«, MOZ noch am 23. 7. 2008 zur Verhaftung von Radovan Karadžić: »Schlächter vom Balkan gefaßt«. Der Krieg der Bomben fand Begleitung im Krieg der Medien.

medialen Helfer, mit möglichst krassen »Fakten« zu Massenmorden aufzuwarten. »Scharpings Erzählungen« (Elsässer) erwiesen sich meist schnell als Erfindungen aus albanischen Quellen: KZ in Priština (Scharping) – in einem Dorf 20 Lehrer vor ihren Schülern erschossen (GB-Außenminister Cook, 28.3.) – Hinrichtung führender albanischer Intellektueller (29.3.; die Leute waren am 6.4. wohlbehalten in Bonn) – Serben rösten Föten schwangerer Albanerinnen; spielen mit abgeschnittenen Köpfen Fußball (Scharping 16.4.). Dann die »makabre Mathematik« der Toten«schätzungen«. März: bis 500.000 Ermordete (US State Dept.); 1.6.: bis 30.000 Tötungen (Gesellschaft für bedrohte Völker); 18.6.: 10.000 tote »Kosovaren«, 100 Massengräber (brit. Staatssekretär Hoon, Jugoslawientribunal dementiert). Die Realität: bis Mai 2000 waren 2108 Tote exhumiert und lt. IRK noch 3.368 Personen vermißt (maximal möglich 6176 Tote), dabei nicht festgestellt, wieviel Serben bzw Albaner, Zivilisten bzw Kombattanten, Ermordete, Gefallene, Luftkriegsopfer.

Die Lügen platzten allmählich während des Krieges, vor allem danach, weil es Beteiligte und Journalisten gab, die nicht schwiegen, sondern die Wahrheit ans Licht brachten. Einige seien genannt. Andreas Zumach (taz, 6.4.99) publizierte den Annex B von Rambouillet. Arnd Festerling (Frankf. Rdsch.) wies die Verfälschung des NATO-Videos zum Angriff auf die Brücke von Grdelica nach. Patricia Schlesinger, »Panorama«-Chefredakteurin (<http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/1999>) zur Rolle der Medien im Krieg: »Die öffentliche Meinung gewinnt den Krieg... Deshalb wird zur Zeit suggeriert, manipuliert, zensiert - und natürlich auch schamlos gelogen...« (»Panorama« 15.4.99). »Panorama« gab den Kritikern des Krieges das Wort. Dort widerlegte OSZE-Ermittler Henning Hensch Scharpings Version vom Rugovo-»Massaker«. Dort wurde Friedensforscher Dieter Lutz mit den Lageanalysen des Auswärtigen Amtes (19.3.99) und des BMV (23.3.) zitiert, die keine humanitäre Katastrophe erwarteten. Dort widerlegte der deutsche OSZE-Experte General Heinz Loquai am 18.5.2000 das Märchen vom Hufeisenplan (»Ich kann nur sagen, daß der Verteidigungsminister... nicht die Wahrheit sagte«) – und wurde umgehend vom Minister gefeuert. Dort meinte der OSZE-Prominente

Willy Wimmer (CDU) am 11.2.: Es war ein »ordinärer Angriffskrieg.« Und am 8.2.2001 lief schließlich in ARD die Kosovo-Reportage des WDR »Es begann mit einer Lüge«. Scharping hat in keinem Fall geklagt.

Der Krieg

Politisch-diplomatisch hat der NATO-Angriff seine wichtigsten Ziele erreicht: Besetzung des Kosovo, Beherrschung des gesamten Balkan, Schwächung Serbiens und Ausschaltung des russischen Einflusses. Der Regimewechsel in Belgrad gelang erst später als Ergebnis weiteren Drucks auf Belgrad. Militärisch war der Krieg allerdings kein Ruhmesblatt für das stärkste Militärbündnis der Welt (Wikipedia).

Luftkrieg. Der Luftaufklärung der NATO entging die Verlegung einer mot. Brigade der jugoslawischen Armee (Vojsko Jugoslavije, VJ) ins Kosovo – ein Großkonvoi von 60 km Länge wurde nicht entdeckt! Zusammen mit der Dislozierung der Luftabwehr und wichtiger Armeeinheiten in gehärtete Objekte entstand so eine günstige strategische Situation für das VJ. Die NATO-Luftschläge konnten die jugoslawische Luftabwehr nicht ausschalten. Eine Sensation war gleich in den ersten Tagen der erstmalige Abschub eines US-Tarnkappenbombers F-117 A, für dessen Reste sich die russischen Militärs sehr interessierten. Nach den ersten Abschüssen (bis 31.3. 8 Jets) griff die NATO-Luftflotte nur noch aus 5000 m Höhe an, was die Präzision stark reduzierte. Daher blieben die Verluste des VJ an Menschen und Material weit unter den NATO-Erwartungen. Während des Krieges reklamierten westliche Quellen die Zerstörung von 122 Panzern, über 400 Geschützen und den Tod von bis zu 6000 VJ-Soldaten. Nachweisbar war nach dem Einmarsch nur die Zerstörung von 3 Raketenbatterien (von 23), 14 Panzern und 20 Geschützen (Newsweek). Die Serben gaben 13 Panzerverluste an, dazu 576 (später: 1002) tote Militärs, über 2000 tote und 6000 verletzte Zivilisten und die Zerstörung von 82 Brücken, 422 Schulen, 8 Flughäfen (Newsweek 5/2000, nach J. Elsässer).

Dagegen stieg die Zahl ziviler Opfer und »Kollateralschäden«: Zigarettenfabrik Niš, Zug bei Leskovac – 55 Tote, TV-Sender Belgrad – 16 Tote (23.4.), Linienbus bei Luzane – 40 Tote (1.5.), Klinik in Niš – 15 Tote, Sanatorium in Surdulica – 17 Tote (31.5.). Der Beschuß der

CHRONIK 2 – Krieg/Nachkrieg

- 11.3.1999:** Lafontaine tritt als SPD-Chef und Finanzminister zurück.
24.3.: NATO-Angriff auf Jugoslawien.
1.4.: Donaubrücke Novy Sad zerstört.
4.4.: 50. Jahrestag d. NATO-Gründung.
12.4.: SPD-Sonderparteitag.
12.4.: Zug auf Brücke von Grdelica, 11 Tote.
23./24.4.: Neues NATO-Strategiekonzept in Washington beschlossen.
8.5.: Botschaft Chinas beschossen (4 Tote, 5 Verletzte).
13.5.: Delegiertenkonferenz der Grünen in Bielefeld.
20.5.: Rakete trifft Krankenhaus in Belgrad.
21.5.: Botschaften der Schweiz, Spaniens, Norwegens beschädigt.
22.5.: Versehentlich UÇK-Lager im Kosovo bombardiert.
26.5.: UÇK versucht Durchbruch an der albanisch-jugoslaw. Grenze.
28.5.: Einsatz von Bodentruppen in Washington diskutiert.
30.5.: Brücke von Varvarin, 11 Tote.
2. o. 3.6.: Bunker in Albanien getroffen, Raketeinschlag in Bulgarien.
9.6.: Militärverhandlungen BRJ-NATO in Kumanovo, Ende der Luftangriffe.
12.6.: NATO/KFOR rückt ins Kosovo ein. Russische SFOR-Fallschirmjäger besetzen Flughafen Priština.

chinesischen Botschaft am 8. Mai wurde als Schlag gegen die Verabschiedung eines bereits verabredeten Friedensplans im Sicherheitsrat interpretiert (nach Schütz). Die NATO kam zunehmend in Rechtfertigungsnot und verlor an Rückhalt bei der öffentlichen Meinung.

Bodenkämpfe im Kosovo. NATO als »Luftwaffe der UÇK« (wie diese es sah!) oder UÇK als Fußtruppe der NATO? Die Rollenverteilung war eindeutig. Doch war das »Bodenpersonal« trotz NATO-Hilfe unfähig, seine Aufgabe zu erfüllen, so daß mehrfach der Einsatz von NATO-Bodentruppen erwogen wurde. Der offizielle Kriegszustand erleichterte dem VJ das Vorgehen gegen die Stützpunkte der UÇK im Kosovo, die bald liquidiert waren. Die UÇK versuchte ab April, von Albanien aus ins Kosovo einzudringen. Trotz heftiger Bombenangriffe der NATO gelangte sie aber bis Juni nicht über die unmittelbare Grenzzone hinaus und kam erst ins Land, als das VJ das Kosovo räumte. Die jugoslawischen Kräfte hatten natürlich zunächst die Grenzbereiche zu den Nachbarländern Mazedonien, Bulgarien und nach Serbien besetzt, woraus sich jenes »Hufeisen« der NATO-Propaganda ergab, das man einfach von der geographischen Lage her erwarten mußte. Die Zivilbevölkerung wurde (wie in jedem Krieg) zum Verlassen der Kampfbereiche gezwungen, aber das betraf alle Volksgruppen. Die Luftangriffe verstärkten die Flüchtlingsbewegung. Serben und Roma flüchteten aus dem Kosovo vielfach nach Serbien, die Albaner strömten zur mazedonischen und albanischen Grenze und wurden unterwegs auch noch von NATO-Fliegern angegriffen, so der Flüchtlingskonvoi bei Djakovica (14. 4., ca. 75 Tote). Im April schloß jugoslawisches Militär wegen beginnender Gefechte auch die albanische Grenze, die Flüchtlinge mußten umkehren. Von Verjagung der Albaner aus dem Kosovo konnte nun keine Rede mehr sein. Es gab also Vertreibungen aus militärischen Gründen, aber keine auf Dauer angelegten »ethnischen Säuberungen«. Die setzten ein, als UÇK-Terror im Juni einen serbischen Mass Exodus auslöste. Das jugoslawische Militär war bis Juni kampffähig geblieben. Erst als Jugosla-

Medien im Krieg – Krieg der Medien



**Glaubt ihnen nicht.
Glaubt ihnen kein Wort!
Sie lügen!**

wiens einziger Alliiertes Rußland das Protektionsmodell akzeptierte, zog sich die 3. Armee aus dem Kosovo zurück. Auf dem Papier ist damals die jugoslawische Souveränität über die Provinz bestätigt worden.

Folgen und Folgerungen

Rußland verlor auf dem Balkan den letzten verlässlichen Verbündeten. Wann je ist Rußland derart vorgeführt worden? Länder wie Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Aserbeidschan blockierten durch Verweigerung der Überflugrechte russische Hilfe für Jugoslawien. Da half auch der Husarenstreich der 200 russischen Fallschirmjäger nicht viel, die den KFOR-Verbänden am Flughafen Priština zuvorkamen. Russische Truppen wurden zwar im Kosovo geduldet, eine eigene Kontrollzone bekam das Mitglied der Balkan-Kontaktgruppe nicht. Das Debakel des Jelzin-Regimes war offenkundig. Ukrainische Praktikanten, die ich in Köln traf, meinten, es sei ein großer Fehler des Westens, Rußland derart zu ignorieren. Eine junge Moskauerin, Praktikantin beim SPD-Parteivorstand, mit der ich in Bonn sprach, sagte ohne Umschweife, Rußland brauche eine andere Regierung. Das war wohl die Stimmung der russischen Eliten in Diplomatie und Armee. Ab August war Putin Premier, ab Januar 2000 Präsident.

Die Amerikaner änderten ihre Militärdoktrin. Der alleinige Luftkrieg war in Jugoslawien ein Mißerfolg. In Afghanistan und Irak wurden dann Bodentruppen eingesetzt. Im übrigen mußte Bush jr. nicht viel erfinden. Krieg der NATO out of area und ohne UNO-Mandat, engere Einkreisung Rußlands, alles dies hatte die Clinton-Administration schon exerziert. Bushs neue Akzente waren nur stärkere Abwendung von der UNO, deutlichere antiislamische Stoßrichtung, unverhüllte Parteinahme im Nahostkonflikt. Das sollte man heute bedenken und von der Regierung Obama-Clinton keine komplette Politikwende erwarten.

Die deutsche Friedensbewegung hat den Kriegseintritt der BRD nicht verhindern können, ihre Mobilisierung kam zu spät. Die einsetzenden Massenproteste und der eindeutige Meinungsumschwung in den Umfragen haben aber sicher dazu beigetragen, daß die Schröder-Regierung nicht riskiert hat, den USA im Irak wieder offen Gefolgschaft zu leisten. Deutschland und die EU verfolgen weiter eine militarisierte, aggressive Außenpolitik (siehe EU-Vertrag). Auf entsprechende Versuche muß frühzeitig und aktiv reagiert werden. Erinnerung sei an den Vorschlag von Ronnefeldt (Versöhnungsbund) einer unabhängigen »Informationsstelle«. Schließlich betreiben auch die Konzerne ARD und ZDF eine monopolistische Informationspolitik.

Die Mörder sind unter uns. Die Fälle Schröder, Fischer, Scharping sind juristisch nicht erledigt. Das Bundesverfassungsgericht hatte nur zu Formalien (Organklage) geurteilt, nicht zur Sache – Angriffskrieg, Verfassungsverstoß. Die historische Bürde von 1939-1945 gestattet es uns Deutschen nicht, Kriegsverbrechen ad acta zu legen – da bleibt eine unerledigte Aufgabe. Nach unserem Recht verjähren Mord und Beihilfe zum Mord nicht!

Literatur:

Wichtige Publikationen bei Cathrin Schütz, Die NATO-Intervention in Jugoslawien. Hintergründe, Nebenwirkungen und Folgen, Wien 2003. Weitere Angaben auf Nachfrage beim Autor.

Jubiläum in Eberswalde: Jazz in E. Nr. 15

Die Jubiläumsausgabe wird ein kleines Best Off aus 15 Jahren, d.h. Musikerinnen und Musiker, welche das Festival und die Eberswalder Konzertreihen in besonderer Weise prägen, stehen im Mittelpunkt des viertägigen Programms vom 20. bis 23. Mai. So gibt es u.a. ein Wiedersehen und -hören mit The Necks, Erika Stucky, Kalle Kalima, Lychee Lassi, Aki Takase, Rudi Mahall und, und, und...

Auch Musik und Film sind bei Jazz in E. schon immer eine Verbindung eingegangen. Diesmal steht die »Jazzstadt« Eberswalde erstmals selbst im Mittelpunkt eines Dokumentarfilms. Thomas Melzer, langjähriger Rezensent

des Festivals, und Antje Dombrowsky, Filmemacherin der Babelsberger Schule, gehen der Frage nach, wie sich das Grundprinzip des Jazz, die Improvisation, durch das Eberswalder Leben zieht. Sie wollen wissen, wie stark das Interesse für aktuelle, ungewöhnliche Musik in Eberswalde verwurzelt ist, ob der Aufstieg des Festivals aus einer Nische in das repräsentative Zentrum der Stadt gleichnishaft für Offenheit und Vielfalt steht. Dabei erleben sie am Humboldt-Gymnasium, wie Schüler im instrumentalen Zusammenspiel zur freien Improvisation finden. Mit Veteranen der Eberswalder Szene begeben sie sich auf historische Spuren, vom

Haus der Kultur über den Heinrich-Mann-Club bis zur legendären Garage. Zu erleben sind u.a. Ausschnitte aus Konzerten von Jerry Granelli, Burnt Friedman und Jaki Liebezeit, sowie Monks Casino. »Die Aktivisten – Wie der Jazz in die Stadt kam« hat am 20. Mai 2009 im Paul-Wunderlich-Haus Premiere und ist Bestandteil eines langen Eröffnungsabends!

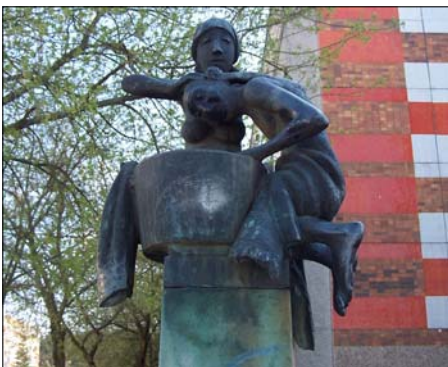
Alle Informationen zum Festival auf der Homepage www.mescal.de. Karten gibt es im Vorverkauf an verschiedenen Vorverkaufsstellen und auch als Online-Tickets zum Selberausdrucken auf der Mescal-Homepage.

UDO MUSZYNSKI

Eingelagerte Plastiken

Eberswalde (bbp). Wo sich die Plastik »Neptun« von Axel Schulz befindet, die vor dem Bau des Kreishauses auf dem Pavillonplatz stand, und ob weitere Plastiken im Verborgenen lagern, hatte der Stadtverordnete Götz Herrmann (FDP/Bürgerfraktion Barnim) im Januar gefragt. »Derzeit archivierte/ausgelagerte (und politisch unbelastete) Kunstobjekte«, so Herrmann, »sollten für die Bürger auch weiterhin zugänglich gemacht werden, um so auch das Eberswalder Stadtbild zu bereichern.«

Die Plastik »Neptun« lagert »zurzeit sicher in einem Gebäude des Bauhofes« heißt es in der Antwort der Stadtverwaltung. Einer Neuaufstellung stehe im Prinzip nichts entgegen. »Aufgrund von Vandalismus im Park am Weidendamm, z.B. Amazone, ist bisher von einer dortigen Aufstellung Abstand genommen worden.« Daß die Stadtverwaltung interessiert sei, gefährdete Kunstobjekte zu bewahren, zeige sich am Beispiel der Plastik »Rollschuh-Läuferin« von Axel Schulz, die seinerzeit im Rahmen des Abrisses der Gesamtschule in Finow von dort in den Familiengarten umgesetzt worden sei. »In diesem Zusammenhang wären dann auch die Fragen der Einbeziehung des Künstlers und die Voraussetzungen für die Aufstellung der Plastik zu klären.«



Plastik an der Ecke Frankfurter Allee/Spreewaldstraße im Brandenburgischen Viertel.

Weitere Kunstobjekte sind nach den Recherchen der Stadtverwaltung derzeit nicht eingelagert. »Einzelne Plastiken und Skulpturen im Brandenburgischen Viertel, die die vorläufige Inventurliste ausweist, sind aufgrund von technischen und anderen Mängel, verursacht durch Vandalismus, aus Sicherheitsgründen demontiert worden.« Dies gehe auch aus der Inventarliste hervor. »Leider erfolgte die Erhebung dieser Liste bereits Mitte der 90er Jahre.« Die Liste weise auch zwei Kunstobjekte aus mit dem Hinweis, daß diese noch nicht aufgestellt sind und bei den Urhebern lagern. Dies betrifft die Plastik »Erdkugel« von Axel Schulz sowie die Plastik »Trinkbrunnen mit kleinen Seejungfrauen« von Cornelia Schulz, beide aus Schwedt. »Gründe für das Nichtaufstellen sind in dieser Liste nicht benannt. Allerdings wäre es schon interessant, diese beiden Objekte in Eberswalde aufzustellen, wenn sie denn noch verfügbar sind. Dies wird durch die Verwaltung recherchiert.«

Eberswalde im April 1945: Emma Bachnick

Ein Sieg der Menschlichkeit

Am Morgen des 27. April 1945 bei der Besprechung der Überwindung der Schäden durch den faschistischen Bombenangriff. Major Hardt von der Stadtkommandantur, der schon aktiv bei der Brandbekämpfung im Krankenhaus vielen Deutschen das Leben rettete, kam zur mir und forderte mich auf, mitzukommen. Er wolle mir etwas Grausames und etwas Schönes zeigen.

Unterwegs im Wagen erzählte er mir dann, daß sie in der Anstalt in einem Haus in zwei zusammenhängenden Sälen in Feldbetten 32 Menschen gefunden hätten, die die Nazis dort schwerkrank zurückgelassen hatten, ohne Arzt, ohne Medikamente, ohne Lebensmittel. Bei diesen 32 schwerkranken Menschen war eine einzige Pflegerin geblieben, eine Hilfschwester. Von hinten sehe sie wie zwanzigjährig aus, von nahe und vorn wie siebzigjährig.

Diese einzige, bei den 32 Todkranken gebliebene Hilfsschwester war Emma Bachnick. Sie hatte vor nichts und vor Niemand Furcht und sie sagte zu Jedem, der in die Nähe der Stätte kam, nur das unheilvolle Wort »Typhus«. Von ihr erfuhren wir dann, daß das Lazarett am Sonntag, dem 22.4.45, abends, abtransportiert worden sei und daß alle Ärzte und Schwestern mitgegangen seien und daß auch sie den Befehl zum Abmarsch erhalten hätte. Die zurückgelassenen 32 Schwerkranken seien als »nicht transportfähig« bezeichnet worden. Bei diesen Todeskandidaten wollte und sollte niemand bleiben. Nur wenige Medikamente und Lebensmittel sind zurückgelassen worden.

Sie hat nun den »Befehl« zum Abmarsch verweigert auszuführen und ist allein bei den Schwerkranken zurückgeblieben. »Es muß doch

jemand da sein, wenn sie nach Wasser rufen«. Ihr wurde mit Bestrafung gedroht, aber zum Bestrafen blieb wohl den Weglaufenden keine Zeit mehr. Die wenigen Lebensmittel, in der Hauptsache Brot und Zwieback, waren am Mittwoch früh, dem 25.4., verbraucht. Ab Dienstag früh gab die Wasserleitung kein Trinkwasser mehr, aber sie hat das Wasser von den Luftschutztönen genommen, wenn die Kranken nach Wasser schrien. Sie hatte selbst davon getrunken. Alle waren typhuskrank. Zwölf Kranke waren am 27. früh bereits tot. Sie hatte ihnen nur die Augen zudrücken können. Zwischen den Betten mit den Leichen und den Sterbenden wankte sie umher, tropfenweise Wasser spendend und tröstend. Sie hatte einen Wunsch: Sie wollte als Letzte sterben, damit sie allen anderen möglichst lange helfen könne. Fast alle dieser Typhuskranken waren verwundet, zumeist Amputierte. Trotzdem die Fensterscheiben entzwei waren und die Türen offenstanden, war die Luft in den Räumen unvorstellbar.

So lernte ich sie kennen, die Emma Bachnick, Hilfsschwester im Lazarett, Typhusstation; klein, beinahe zierlich, beinahe verhungert, 68 Jahre alt. Sie tat ihre Pflicht, Menschenpflicht. Die sowjetische Kommandantur sorgte für die ordnungsgemäße Unterbringung und Pflege und richtige Behandlung der Überlebenden. Selbstverständlich auch für die tapfere Emma Bachnick. Ihr Lebenswille siegte, sie wurde wieder gesund.

FRANZ HASSE

Quelle: Gefunden von Kurt Berus bei Kurt Iwen, S. 87/88: »Franz Hasse in einem Lebensbild über eine parteilose Aktivistin der ersten Stunde.«

Hartz IV für Kinder bleibt verfassungswidrig

Hartz IV ist nichts für Kinder und Jugendliche. Dieser Ansicht ist DIE LINKE seit langem. Sie hat deshalb das jüngste Urteil des Bundessozialgerichts begrüßt, nach dem der Bedarf junger Menschen nicht pauschal nach dem Erwachsener beurteilt werden darf und deswegen die Höhe der derzeitigen Hartz-IV-Leistungen verfassungswidrig ist. Statt daraus den Schluß zu ziehen, schnellstens den tatsächlichen Bedarf von Kindern und Jugendlichen zu ermitteln, ergeht sich die Bundesregierung in Ausflüchten. Sie wolle erst die Prüfung des BSG-Urteils durch das Bundesverfassungsgericht abwarten, so eine Antwort auf eine Anfrage von mir. Als almosengleiches Zugeständnis gibt es mit dem heute beschlossenen Konjunkturpaket einen leicht erhöhten

Eckregelsatz für 6- bis 13-jährige. Es bleibt aber dabei: Die Regelsätze für Kinder und Jugendliche sind verfassungswidrig. DIE LINKE fordert mit einem jetzt eingebrachten Antrag (Drs. 16/11926), die Eckregelsätze für alle Kinder und Jugendlichen deutlich spürbar zu erhöhen.

Solange keine wirkliche Bedarfsermittlung vorliegt, sind für DIE LINKE die entsprechenden Forderungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Maßstab. Nach diesem sollen Kinder bis einschließlich 6. Lebensjahr 276 Euro, vom 7.-14. Lebensjahr 332 Euro sowie vom 15.-18. Lebensjahr 358 Euro monatlich erhalten. Dies würde 10 Milliarden Euro jährlich kosten. Dieses Geld wäre nicht nur gerecht, sondern als direkter Konjunkturimpuls auch gut angelegt.

Der Antrag auf Drs. 16/11926 wurde am Freitag in namentlicher Abstimmung von der Mehrheit des Bundestages abgelehnt.

Dr. DAGMAR ENKELMANN (MdB)

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

Tel.: 03334 / 356542; Fax: 01805 / 221040973
eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

Die Oberbarnimer Eisenbahnfreunde:

Ein Verein mit 40 jähriger Geschichte

von Veiko Kunkis

In Eberswalde, der Kreisstadt des Brandenburger Landkreises Barnim, gibt es seit 40 Jahren einen Modellbahnverein. Er wurde am 27. Dezember 1968 als Arbeitsgemeinschaft 5/10 des Deutschen Modelleisenbahn-Verbandes DMV gegründet. Der Verein trägt heute den Namen Oberbarnimer Eisenbahnfreunde. Er widmet seine Arbeit heute vor allem der Geschichte der Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn. Kernstück der Vereinsarbeit ist eine H0-Modulanlage dieser einstigen Privatbahn. Mittlerweile ist gut ein Drittel der einst knapp neun Kilometer langen Strecke im Maßstab 1:87 nachgebaut.

Die Geschichte des Vereins begann eigentlich schon vor 1968. Denn bereits 1960 hatte sich in der damaligen Industriestadt Eberswalde ein Klub der Modelleisenbahner gegründet. Er hatte in seinen besten Zeiten 25 Mitglieder, jedoch nie eigene Vereinsräume. Man traf sich alle 14 Tage im Haus der Pioniere in Eberswalde. Da weder Reichsbahn noch Stadt- und Kreisverwaltung in der Lage waren, den Verein zu unterstützen, löste er sich schon 1961 wieder auf. Acht Jahre lang wurde Modellbahn wieder allein im stillen Kämmerlein gebaut.

Mit der Gründung unseres Vereins 1968 als AG des DMV waren die Raumprobleme allerdings längst nicht gelöst. Man traf sich in der Betriebsküche des BW Eberswalde und beschäftigte sich notgedrungen mit betriebstechnischen Fragen des Vorbildes Deutsche Reichsbahn. Vereinsmitglieder waren auch an der Aufarbeitung der 74 1230 des Dresdener Verkehrsmuseums beteiligt.

1977 gab es dann endlich eine Übergangslösung: Die Modelleisenbahner bekamen einen Vereinsraum an der damaligen 5. Oberschule – und jede Menge junge Interessenten. Daraus entstand eine sehr aktive Schülergruppe. Die erste Anlage des Vereins war die der Schüler – und sie hatte eigentlich gar nichts mit der großen Eisenbahn vor der Tür zu tun. Denn die Schüler hatten sich für eine Zahnradbahn entschieden. Mit der kleinen Anlage, auf der eine auf Zahnradbetrieb umgebaute Piko-E 69 den Betrieb versah, reiste die Schülergruppe sogar einmal zum Spezialistentreffen des DMV. Es reichte immerhin für einen Ehrenpreis.

1978 hatten dann auch die Erwachsenen endlich Aussicht auf Platz für eine Gemeinschaftsanlage. Auf einem Nebengleis des Eberswalder Hauptbahnhofes stand ein ausgemustertes Steuerwagen VS 145. Die Bahnmeisterei bot dem Verein den Wagen zunächst im Tausch gegen 25 Tonnen Schrott an. Schließlich überließ die Reichsbahn den Wagen dem Verein zur Nutzung unter der Maßgabe, Wagen, Gleis und das umgebende Gelände in einen »ansprechenden Zustand« zu versetzen. Noch im gleichen Jahr wurde mit der Herrichtung des Wagens als Vereinsdomizil begonnen.

Im Oktober 1978 nahm der Verein erstmals auch an einem Arbeitseinsatz des DMV-Betriebsvorstandes Greifswald auf der Insel Rügen teil. Bei diesem Einsatz wurde das Kreuzungsgleis des Bahnhofes Binz Ost der Rügenschon Schmalspurbahnstrecke Putbus-Göhrn erneuert. Später folgten weitere Einsätze, bei de-



nen sich der Verein unter anderem am Aufbau des Ausstellungsgeländes für den Traditionszug der RüKB (Rügenschon Kleinbahnen) in Putbus und an der Aufarbeitung von historischen Fahrzeugen der RüKB beteiligte.

Endlich gab es im Dezember 1978 auch die erste Modellbahnausstellung des Vereins im Eberswalder Haus der Pioniere. Später wurde die Modellbahnausstellung zum Eberswalder Weihnachtsmarkt eine feste Bank im Kalender der Stadt.

Im Jahr 1981 war die Aufarbeitung des Steuerwagens weit vorangeschritten. Das frühere 1.-Klasse-Abteil war als Clubraum hergerichtet, man wollte nun mit der Vereinsanlage beginnen. Doch mehrere Einbrüche mit schweren Vandalismusschäden ließen alle Modellbahnträume platzen. Der Steuerwagen mußte aufgegeben werden. Der Verein mietete nun eine Kellerwohnung in besserer Stadtlage an.

1982 war der Verein maßgeblich an der Organisation des 140. Jubiläums der Teilstrecke Eberswalde-Berlin der Berlin-Stettiner Eisenbahn beteiligt.

Im Sommer 1982 gelang es Vereinsmitgliedern, an der Blockstelle Ragöser Mühle ein Läutewerk vor dem Verschrotten zu bewahren. Es wurde restauriert und im Vorgarten vor dem Vereinskeller aufgestellt. Heute befindet es sich als Dauerleihgabe im Basdorfer Museum der Berliner Eisenbahnfreunde.

1983 begann die Schülergruppe mit dem Bau eines Modells der legendären Eberswalder Kanalbrücke. Sie überführte seit 1912 den Hohenzollernkanal (heute Oder-Havel-Kanal) über die Hauptbahn Berlin-Stettin. Schiffe oben, Eisenbahn unten. Leider konnten Schüler schon damals nicht sehr gut rechnen und statt eines 1:87 entstand ein 1:100-Mo-

dell. Später wurde es in eine H0-Anlage, die an das Vorbild des Eberswalder Hauptbahnhofes angelehnt war, integriert. 1983 betätigte man sich sogar philatelistisch: Anlässlich 100 Jahre Eisenbahn auf Rügen ließ der Eberswalder Verein Sonderbriefumschläge drucken.

Kurz vor der politischen Wende in der DDR zog der Verein erneut um. Mit viel Eigeninitiative wurde das Dachgeschoß des ehemaligen Bahnhofshotels von Finow (heute Stadtteil von Eberswalde) ausgebaut. Dort stand dann auch die erste große richtige Gemeinschaftsanlage des Vereins in H0, in die die Kanalbrücke integriert war. Als Anfang der 1990er Jahre unachtsame Handwerker bei Bauarbeiten am Gebäude Teile der Anlage zerstörten, war der Ärger bei den Modellbahnfreunden groß. Sie sahen es aber auch als Chance – und entschieden sich angesichts der dort drohenden Verkehrseinstellung dafür, die Geschichte Ihrer Hausstrecke zu bewahren.

Praktisch aus dem Fenster der Vereinsräume war der Bahnhof Finow mit seinem einzigartigen Wasserturm zu sehen. Noch rollten damals Rangierfahrten auf der Eberswalde-Finowfurter Eisenbahn (EFE). Aber im März 1996 wurde der Betrieb endgültig eingestellt. Die Spuren der einstigen Kleinbahn verschwinden mehr und mehr aus dem Eberswalder Stadtbild. In gleichem Maße aber wächst zum Glück die Modulanlage der Oberbarnimer Eisenbahnfreunde.

Neben der Vereinsanlage hat der Verein auch heute noch eine Schülergruppe, die eine eigene Anlage in TT baut. Mit der Gründung einer Schüler-AG an der Eberswalde Schwärzesee-Grundschule soll der »Nachwuchs« an Modelleisenbahnern für die kommenden Jahre gesichert werden.

Barnimer Bürgerpost zieht um

In Folge des staatlich geförderten Wohnungsabrißprogramms (»Stadtumbau Ost«) werden die Häuser in der Lehnitzseestraße demnächst der Abrißbirne preisgegeben. Damit verliert nicht nur der Redakteur der »Barnimer Bürgerpost« sein Heim, sondern auch der Herausgeberverein seinen Sitz und unsere Zeitung ihre Adresse. Daher ist nun ein Umzug angesagt, der am 5. Mai über die Bühne gehen wird. Ab dem 6. Mai lautet die neue Anschrift:

**Barnimer Bürgerpost
Prenzlauer Straße 19
16227 Eberswalde**

Bei Telefon, Fax und eMail wird es keine Veränderungen geben. Allerdings wird die Er-

reichbarkeit erst einige Tage nach dem Umzug wieder hergestellt sein, voraussichtlich am 8. Mai.

Auch wenn der Umzug mit einigem Streß und Aufwand verbunden ist, soll es beim Erscheinen der »Barnimer Bürgerpost« keine Unterbrechungen geben. Wir bitten im Voraus um Entschuldigung für mögliche Auswirkungen auf die Aktualität der Beiträge. Eingesandte und nicht verwendete Artikel werden nach Möglichkeit in der folgenden Ausgabe gedruckt oder bei termingebundenen Inhalten im BBP-Forum (<http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>) veröffentlicht.

GERD MARKMANN, Redakteur

Tag der Befreiung

Am 8. Mai begehen wir den 64. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. An diesem Tag möchten wir den Opfern von Krieg und nationalsozialistischer Gewaltherrschaft mit einer Kranzniederlegung gedenken, zu der wir alle Bürgerinnen und Bürger herzlich einladen.

Die Kranzniederlegung findet am sowjetischen Ehrenmal an der Freienwalder Straße statt; sie beginnt um 17.00 Uhr.

WALDEMAR HICKEL, Brandenburgische
Freundschaftsgesellschaft e.V.
FRIEDHELM BOGINSKI,
Bürgermeister der Stadt Eberswalde

Freie Oberschule Finow e.V.

Biesenthaler Straße 14/15
16227 Eberswalde
www.freie-oberschule-finow.de

Jeden Dienstag 16 - 18 Uhr: Schulcafé
mit Informationen, Gesprächen, Besichtigungen und Anmeldungen für die 7. Klasse des neuen Schuljahres 2009/2010, das am 31. August beginnt.

Geheime Wahl

Eberswalde (bbp). Wie aus inoffiziellen Quellen verlautet, soll es in diesem Jahr am 7. Juni eine Wahl zum sogenannten »Europaparlament« geben. Die Barnimer Parteien reagierten überrascht: »Das kann nicht sein, wir wissen von nichts«. Da nur eine geringe Wahlbeteiligung zu erwarten sei, hieß es, lohne es nicht, auch nur einen Cent für den Wahlkampf auszugeben.

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.
anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
telefon: (0 33 34) 35 65 42
telex: (0 18 05) 22 10 40 973
e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/>
redaktion: Gerd Markmann
fotografie: Förder, Hickel (2), Markmann (4), Schwarz
druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 35 39 18
redaktionsschluß: 25. April 2009

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Angabe der Quelle und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto: Konto-Nr. 359 946 1000 bei der Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 21.5.2009, 12 Uhr.

Jazz in E. Nr. 15 – ein Festival aktueller Musik

20. – 23. Mai 2009, Eberswalde, Paul-Wunderlich-Haus / Marktplatz

Mittwoch, 20. Mai, 20 Uhr:

Festivaleöffnung mit Konzert: The Necks (AUS), Film: »Die Aktivisten – Wie der Jazz in die Stadt kam« und Party: MOJO CLUB presents DANCE-FLOOR JAZZ (D)

Himmelfahrt, Donnerstag, 21. Mai, 20 Uhr:

Roger Hanschel Solo (D) und Erika Stucky - BUBBLES & BANGS (CH / USA)

Freitag, 22. Mai, 20 Uhr:

Hübsch – van Bebber – Blonk (D/NL) und Klima Kalima (FIN/D)

Sonnabend, 23. Mai, 10.30 Uhr:

Guten-Morgen-Eberswalde: Kulturelle Interventionen in der Innenstadt von Eberswalde, Les

Haferflocken Swingers! (CDN, ISR, D, LV, F), Live-Painting-Aktion von DAG und Gesprächsrunde: »23. Mai 2009, Feste der Demokratie: 60 Jahre deutsches Grundgesetz«

Sonnabend, 23. Mai, 20 Uhr:

Kontakt IV – Das Jazzmeeting in der Mitte der Stadt: R & B Collegium Eberswalde (D), Aki Takase/Rudi Mahall (J/D), Les Haferflocken Swingers! (CDN, ISR, D, LV, F) und Lychee Lassi (D)

Kartenverkauf: Eberswalder Tourist Information, Steinstr. 3, 16225 Eberswalde. Barnimer Bus Gesellschaft, Fr.-Ebert-Str. 27d, 16225 Eberswalde. KOKA 36, Oranienstr. 29, 10999 Berlin. Online Tickets über www.mescal.de.

Jazz in E. Nr. 15 wird vom Begegnungszentrum Wege zur Gewaltfreiheit e.V. Eberswalde veranstaltet. (www.mescal.de)

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO – 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO – 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 8 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 2 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten):

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Teilnahme am BBP-Forum)

Coupon senden an: Gerd Markmann, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde (ab 6.5.2009)
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)